Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion
[illegible] Verwaltung:
[illegible]

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Havlíčkova nám. 32.
Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . Kč 16.—
vierteljährlich „ 48.—
halbjährig . „ 96.—
ganzjährig . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Sonntag, 10. Juni 1923. Nr. 133.

Deutschgelber Wirrwarr.

Vor kurzem schrieb das deutschgelbe Hauptblatt: „Wir haben seinerzeit die Ansicht vertreten, daß die Sprengung des deutschen parlamentarischen Verbandes ein politischer Fehler und taktisch verfrüht war. . . . Unsere Prophezeiung hat sich erfüllt." Es ist wahr, die Deutschgelben haben „seinerzeit" prophezeit. Danach wäre man versucht, die Befähigung der Deutschgelben zum Prophezeien anzuerkennen, wenn man sich nicht erinnern würde, daß sie vor dem „seinerzeit" ganz anders prophezeit hatten. Knirsch und Jung und ihre Pressebedienten, konnten sich, als der Verband zerschlagen wurde, vor Freude und Begeisterung kaum fassen, erklärten es als höchst an der Zeit, daß mit dem Gebilde des Verbandes, der die deutsche Einigkeit nur vorgeschwindelt habe, aufgeräumt wurde und prophezeiten, daß es nun mit der Befreiung des deutschen Volkes ganz anders vorwärtsgehen werde. Da die Deutschgelben jede Spanne Zeit etwas anderes „prophezeien", mag dann eine der Prophezeiungen wirklich zutreffen, wobei es nichts verschlägt, daß die Propheten damals, als sie die Sprengung des Deutschparlamentarischen Verbandes noch nicht als „verfrüht" und politischen Fehler prophezeiten, jeden anbelferten, der ihre auf die Sprengung gesetzten Hoffnungen nicht teilen wollte. Daß sie jetzt so tun, als wären sie mit Lodgman niemals eines Sinnes darüber gewesen, ist ein Versuch der Täuschung mit unzureichenden Mitteln. Die Frage bleibt offen: was wollen die Deutschgelben eigentlich? Und das gilt von der Frage der deutschbürgerlichen Einheitsfront nicht allein.

Die Politik der Deutschgelben ist derartig der Konfusion verfallen, daß nun selbst die Deutschnationalen sich über den hoffnungslosen Wirrwarr, der hinsichtlich ihrer politischen Ziele und programmatischen Grundsätze herrscht, weidlich lustig machen. Was gestern galt, gilt heute nicht mehr, und was morgen gelten wird, wissen die deutschgelben Führer selber noch nicht. Aber nicht nur das: auch zugleicher Zeit haben sie nachgerade so viele Meinungen, als sie — man verzeihe die Uebertreibung — Köpfe haben. Einer der Hauptgrundsätze der Partei schien doch der Antisemitismus zu sein. Nach dem aus ihren Reihen täglich erschallenden Pogromgeschrei war das sozusagen der Tragpfeiler des Hakenkreuzlertums, die Ausrottung der Juden ihr tägliches Morgen- und Abendgebet. Mit Tod und Teufel, selbst mit den Tschechen gegen sie: so gelobten Krebs und die Seinen, es zu halten. Da kam aber die Ueberraschung. Was granitfest dazustehen schien, begann Herr Karg, einer ihrer „Schriftleiter", der Ueberprüfung auf seine Berechtigung zu unterziehen und er, dem auf einmal Bedenken darüber aufstiegen, ob es klug sei, die Juden abzustoßen, hielt eine Erörterung der Judenfrage für äußerst dringlich. War es den einen in der Partei klar, daß zuerst, eventuell mit Hilfe der Tschechen, die Juden ausgetilgt werden müßten, begannen die anderen die Unterhaltung darüber, ob die Parole zu lauten habe mit oder gegen die Juden. Das war vor wenigen Wochen. Ob sich seither die beiden Gruppen in der Rollenbesetzung nicht abgelöst haben, kann nicht behauptet, aber auch nicht bestritten werden, aber sicher ist, daß Herr Karg seither seinen Standpunkt wieder gewechselt hat und einer „gesetzlichen Regelung" der Judenfrage das Wort redet. Es bleibt also noch abzuwarten, was der morgige Tag an deutschgelber Gesinnungstüchtigkeit zutage fördern wird!

Konfusion ist auch in den nationalen Forderungen der Grundstein deutschgelber Politik. Daß die deutschen Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht „verraten" und „verkauft" haben, das gehört gewissermaßen zum eisernen Bestande des deutschgelben Sprachschatzes. Aber, welche Ueberraschung! Seit geraumer Zeit sieht man einige der deutschgelben Führer gegen die Forderung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, als wären sie lauter wohlbewährte „Canossagänger", Sturm laufen. Herr Dr. Schilling spricht vom „nebelhaften Selbstbestimmungsrecht", von der „Phraseologie des Selbstbestimmungsrechtes", von einem „Schlagwort", das seine Träger „nie ernst gemeint" hätten, und er hält es „für mehr als fraglich", ob das Selbstbestimmungsrecht überhaupt jemals durchgeführt werden könne. Und nicht nur Schilling, auch Karg und Jesser und Krebs entwickeln auf einmal ein Maß von staatserhaltender Besonnenheit, die sie, wenn es in der Republik Hofräte gäbe, für diese Würde reif machen würde. Vor einigen Monaten trennten sich die Deutschgelben und die Lodgmanianer von den anderen deutschbürgerlichen Parteien, um besser für das Selbstbestimmungsrecht „kämpfen" zu können, heute heißen sie Lodgman einen verstiegenen Phantasten, der dem Traumgebilde des Selbstbestimmungsrechtes nachjage; aber auch untereinander balgen sie sich darob herum. Wobei bleibt es? Ist das Selbstbestimmungsrecht Programm der Deutschgelben oder nicht? Ihre Konfusion weiß keine Antwort darauf zu geben!

Aber selbst über ihr Wesen herrschen in der Deutschgelben Partei die dunkelsten Vorstellungen. Sind sie eine „Arbeiterpartei", oder schlechtweg eine „nationale Partei", sind sie eine „Klassenpartei" oder „Standespartei", sie wissen noch immer nicht, ob sie sich für das eine oder das andere als Lockmittel entscheiden sollen. Eine Partei der Arbeiter zu sein, wäre schon verlockend, aber dazu fehlt ihnen vor allem eines: die Arbeiter! Was sie unter der deutschgelben Hakenkreuzfahne zu sammeln vermögen, das sind ein paar mißvergnügte, querulierende, ihrem Klassenbewußtsein und ihrer politischen Schulung nach indifferente Proletarier, den Hauptanhang bilden kleinbürgerliche Mittelschichten. Die Erfolglosigkeit ihrer Mühen, größere Teile vom Heere der klassenbewußten Arbeiterschaft abzusprengen, läßt sie ihren Ehrgeiz auf die Schaffung einer „allgemeinen nationalen Volksbewegung" nach Hitlerschem Muster verwenden. Aber auch das unterliegt der politischen Konjunktur des Tages und der wechselnden Konfusion der Führer. Behaupten die einen, die Partei sei eine „reine Klassenpartei", die es ablehne, als Standespartei zu gelten, so erklären die anderen, die Partei, die zur Grundlage die „nationalsozialistische Weltanschauung" habe, müsse alle Stände und Berufe aufnehmen und vertreten. Es geht im deutschgelben Lager recht bunt zu!

Da nun die Knirsch und Jung gegenwärtig mit Lodgman in Nibelungentreue um die Weite sich herumbalgen, ermangeln die Deutschnationalen nicht, ihren ehemaligen Kampfgemeinschaftlern die von diesen in so reicher Fülle produzierten Widersprüche wacker um die Ohren zu schlagen. Und es vermehrt die deutschgelben Sorgen um ein beträchtliches, daß die Nationalpartei zu Konkurrenzzwecken gegen die Knirschleute sich in eigener Regie eine „Arbeiterpartei" geschaffen hat, welche Schaffung darin bestehen dürfte, daß sich einige deutschnationale Hakenkreuzler die Gesichter mit Ruß beschmiert und so kostümiert die neue deutschnationale „Arbeiterpartei" zu mimen haben. Die Deutschgelben weitern gegen das Konkurrenzunternehmen der Nationalpartei, diese dagegen werden nicht müde, zu versichern, daß die Deutschgelben keine Arbeiterpartei seien und daß sich die deutschen Arbeiter durch ihre „Gaukler- und Roßtäuscherkünste" nicht täuschen lassen dürfen. Der Streit, der Staub und Stank aufwirbelt, ist nicht erbaulich, aber lehrreich. Die deutschbürgerliche Konfusion und der deutschgelbe Wirrwarr, sie sind einander gleich wert und würdig.

Offiziersrevolte in Bulgarien.

London, 9. Juni (Reuter.) Aus Sofia wird unter dem Heutigen gemeldet: Die Regierung wurde durch die Organisation der Reserveoffiziere gestürzt. Alle Minister sind in Haft gesetzt worden. Die neue Regierung ist gebildet. Es sind in ihr alle Oppositionsparteien außer den Kommunisten vertreten. Im Lande herrscht Ruhe.

Belgrad, 9. Juni. Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist in Sofia eine Revolution ausgebrochen. Die unter der Führung eines mazedonischen Komitees stehenden Revolutionäre bemächtigten sich der Regierungsgebäude. Zankow hat das neue Kabinett gebildet.

Sofia, 9. Juni. (Bulg. Tel.-Ag.) Die im Ausland verbreiteten Nachrichten, daß die neue Regierung eine Mobilisierung angeordnet habe, sind Erfindungen. Es wurde kein Mobilisierungsbefehl erlassen. Die öffentliche Gewalt in Bulgarien genügt vollkommen zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die übrigens keineswegs gestört worden ist.

* *

Im Vorgefühl des Kommenden.

Sofia, 9. Juni. Der Minister des Innern Stojanow teilte den Journalisten heute mit, daß mehrere mezedonische revolutionäre Organisationen den Beschluß gefaßt haben, den Ministerpräsidenten Stambolijski, den Kriegsminister Murawiew, den Minister des Innern Stojanow sowie zwei angesehene Mitglieder der Agrarpartei zu ermorden. Die Mörder befinden sich bereits in Sofia und warten auf den geeigneten Augenblick, um ihre Absicht auszuführen. Die Polizei ist ihnen bereits auf der Spur. Wenn es gelingen sollte, ihrer habhaft zu werden, könne die Bevölkerung erleichtert aufatmen. Sollten sie jedoch die Tat ausführen können, so würden dies nicht nur sie, sondern auch ihre Landsleute, ihre Führer und ihre Gesinnungsgenossen teuer bezahlen. Was geschehen wird, kann ich noch nicht sagen; sicher aber kann gesagt werden, daß viel Blut vergossen werden wird und das ungezählte Opfer fallen werden. Gott möge verhüten, daß die Ereignisse einen Verlauf nehmen, der eine Vergeltung durch die Mitglieder der Bauernorganisation und des bulgarischen arbeitenden Volkes notwendig macht. Der Kreis Petritsch, vielleicht auch Küstendil und selbst die Hauptstadt würden in diesem Falle Friedhöfen gleichen.

Die deutsche Reaktion gegen die Feiertage der Revolution.

Berlin, 8. Juni. (Tsch. PB.) Im Rechtsausschusse des Reichstages unternahmen die bürgerlichen Parteien gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfes über die Feier- und Gedenktage einen Vorstoß gegen die in einigen Ländern gesetzlich festgelegten Feiertage des 1. Mai und des 9. November. Die Regierungsvorlage sah die Bestimmung vor, daß politische Feiertage für Deutschland nur durch Reichsgesetze für das ganze Reich zu regeln sind. Entgegenstehende Feiertage in einzelnen Ländern sollten außer Kraft gesetzt werden mit Ausnahme des 1. Mai, der dort, wo er schon gesetzlicher Feiertag sei, auch in Zukunft gelten solle. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, diese Ausnahme auch auf den 9. November auszudehnen. Die bürgerliche Mehrheit stimmte aber nicht nur diesen sozial-demokratischen Antrag nieder, **sie hob auch die in der Regierungsvorlage vorgesehene Ausnahme für den 1. Mai auf.** Nach diesem Beschlusse dürfen demnach der **1. Mai** und der **9. November nicht mehr durch Landesrecht zu Feiertagen** gemacht werden.

Frankreichs Schergen.

Die Generale Foch und Le Rond sind nicht umsonst in Warschau, Prag und Belgrad gewesen: die Gefühle der besuchten Nationen zu Frankreich sind prompt um einige Wärmegrade in die Höhe gegangen und der militärische Geist, den der „große Marschall" so leuchtend repräsentierte, hat dank ihm in den drei Hauptstädten noch begeisterte Bekenner gefunden. Auch die Terminologie hat man mit anerkennenswerter Raschheit und Geschicklichkeit aus Paris übernommen: die Reden zur europäischen Lage, welche die Außenminister Polens und des südslawischen Staates, Seyda und Nintschitsch, Freitag in ihren Parlamenten gehalten haben, verwenden immer dann die Worte „Gerechtigkeit" und „Freiheit", wenn es sich darum handelt, irgend eine faule, schon von fern nach Imperialismus, Landgier und Vergewaltigung duftende Sache zu charakterisieren, und sobald gar der pathetische Ausruf „Friede", „ruhige Entwicklung" oder dergleichen auftaucht, kann man gewiß sein, daß die Phantasie der Herren Seyda und Tintschitsch Schraynells platzen und Gasbomben fliegen sieht.

Namentlich die Ausführungen des polnischen Außenministers waren, in parlamentarische Ausdrücke gekleidet, ein einziger Haß- und Raubgesang, und wo er Bündnisse und Freundschaften feierte oder Spannungen von einst als schwindend, beziehungsweise als behoben bezeichnete, dort geschah das nur, um die Offensivfront noch schärfer und entschiedener gegen den gegenwärtigen Feind zu kehren. So erklärt sich einfach, und ohne daß man ihn deshalb als friedliebend preisen müßte, Seydas Absage an jene polnischen Politiker, die unter Pilsudskys Führung bisher den Krieg gegen Sowjetrußland vorbereiteten, und die Verlegung der Angriffsrichtung von Ost nach West. Von der Ostsee bis zum Balkan möchte er, natürlich in edelster Friedensabsicht, eine Kette von Staaten durch Bündnisse aneinandergeschlossen wissen, sei es in der Form einer Ausdehnung der Kleinen Entente, sei es durch individuelle Verträge von Staat zu Staat; Rumänien, Jugoslawien, Italien und die Tschechoslowakei sind in das Kalkül eingeschlossen, aber natürlich nur unter der Voraussetzung, daß der eine oder andere Staat, um der hohen Ehre eines Bündnisses mit Polen gewürdigt zu werden, auch die entsprechenden Opfer bringe. Die Mahnung gilt der Tschechoslowakei; sie wird sich, der slawischen Einheitsfront zu liebe, endgültig zum Verzicht auf die Jaworina und zu einer gerechten Behandlung der in ihren Grenzen wohnenden Polen entschließen müssen. Nun finden wir das zweitgenannte Verlangen durchaus berechtigt und auch wegen des drohenden Verlustes der Jaworina beabsichtigen wir nicht die allerkleinste Träne zu weinen; aber der energische Ton der Forderung und der deutlich durchklingende Wille Seydas, in beiden Streitfragen auch nicht das geringste Zugeständnis zu machen, wird Wasser auf die Mühle unseres Dr. Kramarsch sein und die Stellung des Herrn Beneš nicht eben erleichtern. Was Marschall Foch im stillen Kämmerchen den Prager Politikern versprochen haben mag, um ihnen Wunsch und Klangfarbe halbwegs erträglich zu machen, wissen wir nicht; doch wenig wird es nicht gewesen sein, sonst würde der Leitartikel der „Prager Presse" die saftigen Liebenswürdigkeiten Seydas kaum so gleichmütig hinnehmen.

Aber es ist auch etwas Großes, was der Wortführer Warschaus im Sinne hat und dem zuliebe es sich schon lohnt, allerlei hinunterzuschlucken: Der Erb- und Erzfeind, Deutschland, soll in inniger Zusammenarbeit mit Frankreich in die Knie gezwungen und so verkrüppelt werden, daß es dauernd ohnmächtig bleibt. Als kleines Ertragegeschäft bereiten die zu unumschränkter Macht emporgestiegenen Schlachzizen schon für die nächste Zukunft die Annexion Danzigs und seine Verwandlung in einen „polnischen Seehafen" vor, ein flagranter Rechtsbruch, den sie im Jargon Poincarés als „Rückkehr auf den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Boden" bezeichnen. Und nach diesem freundlichen Auftakt soll es dann an eine „Kraftanspannung der Nation sowie an ein Hinarbeiten zur Festigung der Existenz der auf den Trümmern der Zentralmächte geschaffenen Staaten" gehen. Der politische Gedankengang, innerhalb dessen dieser vom Rüstungswahnsinn fiebernde, von Strömen künftig zu vergießenden Blutes durchbrauste Satz steht, verdient dauernd gemerkt zu werden: Seyda begründet die Notwendigkeit einer „Kräfteanspannung" Polens und seiner Gesinnungsgenossen mit den „Gefühlen, die Deutschland bekanntlich für Polen hat", weil es immer probat ist, den

eigenen Haß anderen zuzuschieben, tatsächlich aber ist er geradezu vom Vernichtungswillen gegen Deutschland besessen. Denn er findet für die Ruhraktion Worte und knüpft an sie Hoffnungen, die man nicht einmal von Poincare, Tardieu und Leon Daudet entwickeln gehört hat, wenn er mit zynischer Frivolität verkündet: „Die Niederlage Deutschlands hat den Grundstein zur Unabhängigkeit Polens gelegt. Polen verfolgt nunmehr die Aktion Frankreichs und Belgiens im Ruhrgiebiete nicht nur mit selbstverständlicher Sympathie, sondern auch mit dem Bewußtsein, daß das Resultat dieser Aktion unmittelbare Bedeutung für den polnischen Staat haben wird, da die Folgen der Ruhrbesetzung und des Kampfes Frankreichs und Belgiens um die Gerechtigkeit über die Rolle Deutschlands in der Zukunft und über sein Verhältnis zu Polen entscheidend sein werden." Das heißt, aus dem Diplomatischen in unser Deutsch übersetzt, daß die Schlachta ihre ganze Kraft darauf zu konzentrieren gedenkt, die deutsche Ohnmacht zu Polens höherem Glanze zu verewigen, und Seyda sucht den Anschluß an die Tschechoslowakei, damit diese bei dem Zerstörungswerke an Europas stärkstem wirtschaftlichen Faktor mithelfe und damit auch sie zu diesem selbstmörderischen Zweck die „Kraft der Nation anspanne". Auf daß Frankreich die Führung Europas in der Hand behalte, haben wir Heere aus dem Boden zu stampfen und den ganzen Reichtum des Landes in Waffen und Munition zu verwandeln, Mitteleuropa als Heerlager ist das Zukunftsideal Seydas und seines Auftraggebers Foch!

Indes der polnische Außenminister die tschechische Republik gegen Deutschland zu mobilisieren beginnt, macht Herr Rintschitsch, sein Belgrader Amtsgenosse, gegen Ungarn scharf. Auch er weiß sich mit Frankreich ein Herz und eine Seele und singt der durch Polen zu erweiternden Kleinen Entente Loblieder, er bläst nach rechts und links, gegen Griechenland, Bulgarien, Albanien und Italien die Friedensschalmei, um schließlich die volle Schale seines Zorns auf Ungarn auszugießen. Nach vielen Einzelbeschwerden legte er sich und der Skuptschina die bange Frage vor, „ob nicht die jugoslawische Zurückhaltung als Schwäche aufgefaßt werden" könne, wir haben also jeden Augenblick einen Umschlag der südslawischen Ungarnpolitik zur aggressiven Aktivität zu befürchten. So fluchwürdig uns das Horthyregime erscheint, so wenig können wir einem Verhalten das Wort reden, das die Brandfackel des Streites an der ungarischen Grenze anzuzünden droht. Jeder Staat hat heute genug und übergenug zu tun, um die ärgsten Kriegswunden zu heilen, und auch der latente Monarchismus Ungarns darf weder für den südslawischen Staat noch für die Tschechoslowakei ein Vorwand sein, um das wirtschaftliche und nationale Fieber im Innern noch durch die Unsicherheit nach außen ins Unerträgliche zu steigern.

Die Bündnispolitik, welche Dr. Benesch betreibt, vermehrt also nicht das Gefühl der Sicherheit und die Hoffnung auf friedliche Entwicklung, sondern sie verstrickt uns in die Gefahren aller Abenteuer, die „unsere Bundesgenossen" nach der Aussage so verläßlicher Zeugen wie Seyda und Rintschitsch im Stillen erwägen. Kommt es zu jenem von Frankreich gewollten festen Aneinanderschluß, der im Herbst auf einer Ministerberatung perfekt werden soll, dann ist die Tschechoslowakei nur noch eine Figur im imperialistischen Kriegsspiel Frankreichs und ist von der Möglichkeit bedroht, in die dunklen Pläne der Seyda, Rintschitsch und Genossen mit hineingerissen zu werden. Wir haben also allen Anlaß, genauestens darauf zu achten, was in Warschau und Belgrad gesprochen und vorbereitet wird.

Ausland.

Das Wüten des Zensors in Aussig. Der gestrige Leitartikel unseres Aussiger Parteiblattes, der sich mit den skandalösen Bedingungen der politischen Landesverwaltung in der Frage der Aussiger Theaterkonzession beschäftigte, wurde vom Aussiger Zensor zur Gänze konfisziert, und zwar auf Grund des Paragraph 309 des Strafgesetzes wegen angeblicher Aufreizung zum Hasse gegen die Staatsgewalt. Der Artikel enthielt keinerlei Ausführungen, die irgendwie in diesem Sinne ausgelegt werden könnten, sondern befaßte sich nur grundsätzlich mit der Methode der politischen Landesverwaltung, die Konzessionserteilung willkürlich zu Tschechisierungszwecken auszunützen und verwies gleichzeitig auf die Gefahr der Praxis einer solch willkürlichen Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen. Es ist dies innerhalb zweier Tage die zweite Konfiskation des „Volksrecht". Der Aussiger Zensor, der von oben einen Rüffel erhielt, weil er das „Volksrecht" wegen einer Notiz über den Leitmeritzer Bankkrach nicht konfiszierte, will nun durch eine erhöhte Tätigkeit seine Notwendigkeit und Tüchtigkeit beweisen. Ueber diese Konfiskationen wird aber noch an anderer Stelle gesprochen werden.

Die Modraček-anhänger vereinigen sich mit den tschechischen Sozialdemokraten. Am 4. Juni wurden die Verhandlungen, die seit einigen Monaten zwischen dem Vollzugsausschuß der Gruppe Modraceks der fortschrittlichen Sozialisten und dem Vollzugsausschuß der tschechischen Sozialdemokraten hinsichtlich der Vereinigung dieser Gruppe mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei geführt wurden, beendet. Das Ergebnis der Verhandlungen, welche glatt verliefen, wird einer Konferenz der Organisationen der Modraček-gruppe, die am 17. Juni in Prag stattfindet, vorgelegt werden; da die letzte Konferenz der Modraček-gruppe, die am 13. Mai stattfand, einstimmig den Anschluß an die tschechische Sozialdemokratie beschloß und in dieser Hinsicht ihrem Vollzugsausschuß eine Vollmacht gab, gilt es sicher, daß die vereinbarte Einigung auch von der nächsten Konferenz gutgeheißen werden wird. Modraček selbst tritt auch in die tschechische sozialdemokratische Partei ein, wird sich jedoch, wie wir erfahren, am politischen Leben nach Erlöschen seines Mandates — er beabsichtigt bei den nächsten Wahlen nicht mehr zu kandidieren — nicht beteiligen. Er hat dem Prager Magistrat ein Gesuch um Erteilung einer Gasthauskonzession in Nusle, Havlíčekstraße, überreicht. Das Haus, in dem sich Modraceks Gasthaus befinden wird, wurde von der von ihm gegründeten Wrschowitzer Bezirksvorschußkasse erworben. — Ueber die Vereinigung schreibt die „Socialisticka Pravda": In den letzten Tagen wurden die Verhandlungen beendigt, auf Grund deren Abgeordneter Modraček mit seinen Anhängern in die alte tschechische sozialdemokratische Mutterpartei zurückkehrt. Infolgedessen hört auch Abgeordneter Modraček selbst auf, Hospitant des tschechischen sozialdemokratischen Klubs zu sein und wird sein ordentliches Mitglied. Diesen Beschluß kann man nur begrüßen und man muß wünschen, daß die Sache der tschechoslowakischen Arbeiterschaft und des Sozialismus hiedurch gewinne. Es war sicher überflüssig, daß die Modraček-gruppe vor einigen Jahren aus dieser Partei austrat und es ist schade um all die Energie, welche in der Zeit der Spannung zum Schaden der gemeinsamen Sache zwecklos verbraucht wurde. Die Modraček-gruppe disponiert über eine Reihe von fähigen und gebildeten Leuten. Bei dieser Vereinigung bleibt allerdings Abgeordneter Hudec völlig bei Seite. Dieser gewesene Arbeiter ist so tief gesunken, daß er heute Hand in Hand mit den tschechischen Fascisten und den übrigen dunkelsten Elementen der tschechischen Reaktion operiert. Abgeordneter Hudec ist also tatsächlich der tschechischen sozialistischen Bewegung für immer verloren.

Sie fahren die Miliz studieren. Zwei oder drei Mitglieder des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses begeben sich auf kurze Zeit in die Schweiz und eventuell auch nach Holland, um an Ort und Stelle das Milizsystem zu studieren. Die Reise wird in Bälde angetreten werden. Daß die Abgeordneten genau so gescheit — bemerken hiezu die „Lidove Noviny" — zurückkehren werden, wie sie weggefahren sind, ist zweifellos.

Die Novellierung der Gemeindewahlordnung verschoben. Als im Jahre 1922 die Gültigkeitsdauer der Gemeindevertretung verlängert wurde, weil die Koalition die Wahlen fürchtete, hat man die unterschiedlichsten „Gründe" hiefür angeführt. Unter anderem wurde gesagt, daß sich die Gemeindewahlordnung nicht bewährt hat und daß sie novellisiert werden müsse. In der Frühjahrssession versprach auch das Innenministerium, eine Novelle zur Gemeindewahlordnung dem Abgeordnetenhause zu unterbreiten, durch welche den Soldaten das Wahlrecht genommen werden sollte, und durch die ferner bestimmt werden sollte, daß die Wahl des Bürgermeisters aus dem Plenum der Gemeindevertretung erfolgen sollte. Die Sache war auch Gegenstand von fortdauernden Beratungen durch die koalierten Parteien. Nunmehr ist in den letzten Tagen die Entscheidung gefallen, und zwar wird die Novelle jetzt nicht vorgelegt werden, sondern erst in der Herbstsession. Es werden somit die Gemeindewahlen nach dem jetzt geltenden Gemeindewahlgesetze vorgenommen werden.

Beratungen über die Schaffung von Groß-Ostrau im Innenministerium. Im Innenministerium hat unter Vorsitz des Ministers Malypetr eine Konferenz stattgefunden, in der über die endgültige Lösung der Frage von Groß-Ostrau verhandelt wurde. An der Konferenz nahmen außer einigen Regierungsvertretern die Abgeordneten Prokesch, Spaček, Curik und Senator Lukesch teil. Minister Malypetr gab einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand, in dem sich Mährisch-Ostrau in der gegenwärtigen Zeit befindet und erklärte, daß nun die Zeit für eine endgültige Lösung der Ostrauer Frage reif sei. Nach der Debatte resumierte Minister Malypetr dahin, daß das Innenministerium den Zusammenschluß der in Betracht kommenden mährischen und schlesischen Gemeinden zwecks Schaffung von Groß-Ostrau etappenweise durchführen werde. Der Minister versprach eine betreffende Regierungs-Verordnung möglichst bald dem Ministerrate vorzulegen.

Keine Aufhebung des Soldatenwahlrechtes in den Gemeinden. Die Blätter melden, daß die koalierten Parteien die beabsichtigte Novellierung der Gemeindewahlordnung verschoben haben, durch welche das Wahlrecht der Soldaten aufgehoben und außerdem bestimmt werden sollte, daß die Wahl des Gemeindevorstehers aus dem Plenum der Gemeindevertretung erfolgen soll. Die Soldaten behalten also das Wahlrecht in die Gemeinden.

Ausland.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der Metallarbeiterstreik in Hagen ist beigelegt; damit kehren 35.000 Metallarbeiter zur Arbeit zurück. Die Gemaßregelten sind wieder eingestellt worden. Dieser Ausgang bedeutet nicht nur einen Sieg der Gewerkschaften, sondern auch einen Sieg des offiziellen Arbeitgeber-Verbandes, des Hagener Stahlbundes, gegen die äußerst rechts- und extrem nationalistisch gerichtete Gruppe der bergischen Arbeitgeber, die den Streik im wichtigen Industriebezirk Hagen provozierten. In Remscheid, wo noch immer 15.000 Metallarbeiter im Streik stehen, haben am Donnerstag unter dem Vorsitz der Düsseldorfer Regierung Einigungsverhandlungen begonnen.

Die Tätigkeit der Franzosen erstreckt sich nach der Beschlagnahme der wichtigen Mittellinie auf die umliegenden Zechen, die die größten Kokereien Westfalens enthalten. Gewöhnlich erscheinen Truppen mit Panzerwagen. Sie reißen das Anschlußgleis nach den in der Nähe gelegenen Zechen auf und entfernen sich wieder. Am Donnerstag wurden die Anschlußgleise der Zeche „Zentrum 1 und 3" in Wattenscheid, „Holland 3 und 4" in der Nähe von Gelsenkirchen unbrauchbar gemacht. Man rechnet mit völliger Stillegung des wichtigen Verschiebebahnhofes Wattenscheid. Damit wäre der Kohlentransport vollständig unterbunden. Es tritt die an der Ruhr seltsame Tatsache ein, daß Fabrik und Haushaltung, die sozusagen auf Kohle aufgebaut sind, fühlbar Kohlenmangel leiden. Wie streng die Franzosen die Vorschriften über den Kohlentransport handhaben, geht daraus hervor, daß in Recklinghausen ein Fuhrmann, der eine Menge Deputatkohle, also die Kohle, die der Bergmann umsonst von seiner Zeche bezieht und die einen Teil seines Lohnes darstellt, abfuhr, mit Mark 25.000.— Geldstrafe belegt wurde.

Man darf sich über die Stimmung gerade der Bevölkerung des Industriegebietes keinen Illusionen hingeben. Sie könnte falsche Meinungen aufkommen lassen, die den tatsächlichen Verhältnissen im Ruhrbezirk nicht gerecht werden und die den Ruhrkrieg in ein Stadium treiben, das den gewünschten Erfolg nicht gewährleistet. Am Mittwoch fanden große, von den Gewerkschaften und vom AfA-Bund einberufene Versammlungen statt, in denen diese Auffassung zutagetrat. Während der Mann auf der Straße der Auffassung zuneigt, daß der Widerstand der Eisenbahner so ziemlich zwecklos sei, weil die Zechen ihre Kohle doch auf die Halden kippten und sie sozusagen mit den Franzosen schon Hand in Hand arbeiteten, hat auf andere Kreise das Angebot der Industrie und der Landwirtschaft, die sich vor den Opfern drückten, während die Arbeiterbevölkerung an der Ruhr sozusagen alles opferten, verheerend gewirkt. Weiter führt man ins Feld, daß die Disziplinarverfahren gegen die streikenden Eisenbahner vom Februar 1922 immer noch schweben und daß Bergbauangestellte, die seit Jahren gemaßregelt sind und laut Schiedsspruch wieder eingestellt werden müssen, immer noch auf der Straße liegen. In einer Resolution, die die Gelsenkirchener freien Gewerkschaften gestern abends einstimmig angenommen haben, wird das als Dolchstoß in den Rücken der Ruhrkämpfer bezeichnet.

Im übrigen macht sich ein großer Kartoffelmangel bemerkbar. Er ist zurückzuführen auf die durch die Witterungsungunst im Westen fast um vier Wochen verschobene Kartoffel-Frühernte und auf die infolge des Marksturzes ungeheuer in die Höhe geschnellten Preise für holländische Kartoffeln, durch die früher der Bedarf im Ruhrbezirk gedeckt wurde. Der Hauptgrund der Mißstimmung bleibt aber die Lohnfrage. Die Geduld der Ruhrarbeiter in dieser Beziehung wird auf die denkbar härteste Probe gestellt. Hier muß bald eine Aenderung getroffen werden, wenn nicht die wilden Streikwellen, die kaum zur Ruhe gekommen sind, mit verstärkter Wucht wiederkehren sollen.

Rumänische Staatsbürger vogelfrei!

Der liberale Abgeordnete von Ismail, Jeleascov, also ein Angehöriger der Regierung, hat an diese seine Regierung folgende Anfrage gerichtet: „Mit Bedauern muß ich nachstehenden, sehr traurien Vorfall zur Kenntnis bringen, welcher sich vor einigen Tagen im Bezirk Ismail, ja sogar in der Nähe der Stadt Ismail, zugetragen hat. In der Gemeinde Cubei, Bezirk Cetatea Alba (Akkermann) wurden ungefähr dreißig Männer unter dem Vorwande verhaftet, daß sie an bolschewikischen Organisationen teilnehmen, und nach Ismail übergeführt. Unter diesen befand sich auch Jon Hristow, Advokat und ehemaliger Bürgermeister der Stadt Bolgrad. Infolge der von den Behörden eingeleiteten

---

Hildebrands Tod.

Von Martin Keleti. (Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von St. J. Klein.)

(Nachdruck verboten.)

1.

„Verschließ gut die Tür" — sagte der Meister — „dann leg Dich nieder, brenn nicht lange das Gas, denn es ist teuer. Und stell auch die Gasuhr ab."

Draußen wartete er noch so lange, bis sich der Schlüssel im Schloß umdrehte, er drückte auch noch die Klinke nieder, und dann ging er heim. Vor der Kirche nahm er den Hut ab, sprach ein stilles, kurzes Gebet, denn er war ein gottesfürchtiger, frommer Mann. Allmorgendlich sang er im Chor und lebte mit den hochwürdigen Herren in guter Freundschaft. Und Meister Sovek erfreute sich in der Nachbarschaft auch eines guten Rufes. Er lieferte genaue, gute Arbeit, sprach milde, demütig, er schuldete niemandem Geld, und sein Schuhwerk war tadellos. Er nahm sich der Armen an und wenn er einen Bettler sah, ging er an diesem nicht vorbei, ohne ihm ein Almosen zu geben.

Auch Hildebrand hatte er aus dem Waisenhaus geholt, um aus ihm einen wackeren Menschen zu machen.

Hildebrand war das Kind eines armen, gefallenen Dienstmädchens, er hatte niemanden, und Meister Sovek fand, daß er eine äußerst gute Tat vollbrachte, indem er den Knaben zu sich nahm.

2.

Hildebrand wollte essen. Sein Abendbrot war bereits kalt geworden. Es bestand aus einem bißchen von Mittag übriggebliebenen Gemüse und einer Scheibe Brot. Er kostete das Gemüse, aß es jedoch nicht. Es fiel ihm ein, daß er sich etwas aufgehoben habe. Er hatte am Vormittag zu der Frau Doktor ein Paar Stiefel getragen und dort von der mitleidigen Köchin ein Stück kaltes Fleisch bekommen. Dieses hatte er aufgehoben.

Er entkleidete sich, kroch auf seine Schlafstätte, verzehrte das Fleisch und das Brot, dann zog er die fleckige, dünne Decke über sich und zitterte vor Kälte. Es war bereits kalt. Der Meister gestattete nicht, daß das Feuer auch am Abend noch unterhalten werde, und zu so vorgeschrittener Stunde war es schon bitter kalt. Der Knabe schlief in der Werkstatt. Die Meisterin wollte nicht, daß er in der Wohnung Unordnung mache. Er schlief, wo er arbeitete. Am Abend trug er die Werkzeuge fort und bereitete sein Lager. Er legte einen alten Kotzen auf den Boden, auf den Kotzen aber ein buntes Kissen und eine zerfetzte Decke. Hier schlief er. Wenn nur die Decke etwas dicker gewesen wäre, denn um diese Zeit, im Winter, friert er unter ihr. Im Sommer dagegen ist es in dieser engen Kammer unerträglich schwül. Wahrlich, der Meister hätte ihm eine wärmere Decke geben können, tat es aber nicht. Er selbst war aber nicht imstande, etwas zu verlangen. Bedrückte etwas sein Herz, so blickte er zu Boden und schwieg. Am besten ist, still zu schweigen, da nagt sich das viele Unheil durch einen und man findet dann seine Ruhe. Er brauchte auch ein Hemd und auch ein besseres Gewand und Handschuhe, denn es fror ihn gar sehr in den Händen. Ist er einmal Geselle, so wird er, sich alles kaufen und sich allsonntäglich ins Café setzen, dort Zeitungen lesen. Das Waisenhaus fiel ihm ein . . . Dort hatte ers nicht schlecht gehabt. Die Burschen konnten miteinander im Garten spielen, sie lernten auch etwas, liefen herum, der Herr Direktor war ein guter Mensch, und auch der Herr Lehrer war nicht schlecht, und Sonntags bekamen sie auch Fleisch. Ihm machte nur sein Namen zu schaffen. Die Burschen fragten ihn, warum er Hildebrand heiße. Darüber dachte er auch selbst viel nach. Die übrigen Burschen hatten schöne, ordentliche Namen, wie: Peter, Georg, Johann, Martin, und so weiter. Weshalb mußte er Hildebrand heißen? Hildi, Hildi, riefen die Burschen und umtanzten ihn. Doch zürnte er ihnen deshalb nicht. Ihn schmerzte bloß, wenn zu den übrigen Kindern die Mutter kam, ihnen Obst, Kuchen brachte, oder sie Sonntag Nachmittag mitnahm. Da blieben ihrer kaum einige in der Anstalt, und dies war so traurig. Stille breitete sich über die weißen Wände, jeder Schritt widerhallte, die daheim gebliebenen Knaben saßen an den langen Tischen und dachten über die mannigfachsten Dinge nach.

Hildebrand fiel ein, daß auch seine Mutter Sonntag nachmittags zu ihm zu kommen pflegte. Damals war er noch ein ganz kleiner Knabe und bei der alten, dicken Tante in Kost. Seine Mutter war eine magere, schwache Frau. Sie arbeitete in irgendeiner Schuhfabrik, brachte der dicken Tante jeden Sonntag für ihn das Kostgeld. Oft klagte sie weinend, daß sie krank sei, und sie sprach auch von einem Manne, der nach Amerika gefahren sei, versprochen hatte, Geld zu schicken, aber nicht einmal eine Zeile geschrieben hatte. Dann blieb auch seine Mutter fort. Sie kam ins Spital; starb. Die alte Tante nahm auch ihn zum Begräbnis mit. Seine Mutter wurde in aller Eile bestattet, ohne Priester, ohne Predigt, ohne alles. Nach dem Begräbnis sprach die alte Frau zu ihm:

„Na, Du bist mir auf dem Halse geblieben."

Einige Wochen später kam er ins Waisenhaus, und von dort zu Meister Sovek. Er dachte oft an den Tod, stellte sich vor, daß er einmal auch ihn holen kommen, ihn bei der Hand nehmen und mit sich führen werde, wie er es mit der Mutter getan.

Wie mag es sein, wenn man stirbt? Er schloß die Augen, verharrte reglos, dachte daß er jetzt gestorben sei. Langsam bemächtigte sich eine Art Ruhe seines ganzen Körpers, und er hatte das Gefühl, daß dies gut sei. Doch setzte er sich gleich wieder auf, tastete sich ab, ob er noch lebe?

Ein anderes Mal wieder hörte er, wie ihn seine Mutter rief:

„Komm mit mir, Hildebrand" — sie faßte ihn bei der Hand, ihre Hand war kalt, und führte ihn mit sich fort.

Ein Begräbnis ist eine schöne Sache. Er dachte an die prunkvollen, langen Züge, an die schwarzen Rosse, die vielen Kränze, an Priester und Kutschen . . . Der Tod aber ist seltsam, stumm und schwarz . . .

Erhebungen wurden Hristow und noch zwei Leute, nämlich Jordanow und Badjioglu nach Kischinew übergeführt, um der Militärbehörde übergeben zu werden. Auf dem Wege aber, in einer Entfernung von vier bis fünf Kilometer von der Stadt Ismail wurden die obgenannten drei Männer Hristow, Jordanow und Badjioglu unter dem Vorgeben, daß sie die Flucht ergreifen wollten, von den sie eskortierenden Soldaten erschossen." Die Interpellation fährt dann fort: „Als die Bevölkerung in Erfahrung brachte, daß diese Männer, welche, wenn ihnen etwas zur Last gelegt werden konnte, jedenfalls nur auf Grund eines gerichtlichen Verfahrens abgeurteilt werden durften, ohne Urteil und unter dem bloßen Vorwand der Fluchtabsicht ermordet worden seien, war alles aufs tiefste empört und der schmerzlichste Eindruck war allgemein, denn selbst die Kinder wußten es sehr genau, daß die Flucht dieser Männer wegen der Mißhandlungen, die sie erlitten hatten, und wegen der Ketten, mit denen sie gefesselt waren, ganz ausgeschlossen war." Die Interpellation schließt mit der Aufforderung an den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern und den Justizminister, eine „strenge Untersuchung anzuordnen und die Schuldigen zu bestrafen, weil bei diesem System das Leben der rumänischen Staatsbürger nicht mehr garantiert sein kann, da es von der Laune eines Gendarmen abhängt." Diese Charakteristik durch einen Regierungsabgeordneten genügt. Wenn er schon die Dinge unerträglich findet, muß Rumänien in Wahrheit die Hölle sein, und gerade diesem Kulturstaat gilt unsere Bündnispolitik!

Tages-Neuigkeiten.

Ein Kuckuckei.

Die Hetzjagd, die vor einiger Zeit die „Bohemia" gegen Karl Kraus und dessen „Letzte Nacht" inszenierte, hat einen Ertrag geliefert, den niemand vermuten konnte. Man denke: bis in die Redaktion des Blattes, das Prag so mannhaft und erfolgreich vor dem jüdisch-anarchistischen Karl-Kraus-Gift bewahrte, ist der Schatten des großen Satirikus gefallen! Denn einer der Schriftleiter aus der Liliengasse, Georg Mannheimer, hat eine Tragikomödie „Der Landstreicher aus Atlantis" geschrieben, die ohne das verruchte Beispiel des Karl-Kraus gar nicht zu denken ist. Mannheimers Tragikomödie ist ein Angriff auf den Militarismus und ein spätes „Pater peccavi" des Pazifisten, der, wie viele andere, im Weltkrieg geschwiegen hat. Sie ist mit Schwung geschrieben, fängt typische Szenen im Hohlspiegel des satirischen Bühnenschriftstellers auf und entwirft so ein zwar groteskes, aber nicht falsches Bild der „großen Zeit" — ganz wie der „deutschfeindliche" Autor der „Letzten Tage". Wie dieser hat er sich just den österreichischen Militarismus als Prügelknaben ausgesucht und eine Wiener Redaktion treffen sinnbildlich die Peitschenhiebe, die dem überwiegenden Teil der Journaille zugedacht sind. Man denke sich die Verlegenheiten, wenn vielleicht Mannheimers „Landstreicher" als Ersatz für die uns entgangene „Letzte Nacht" in Prag aufgeführt werden sollte! Wird der Chefredakteur-Stellvertreter dann wieder vor Sensationen warnen? Und was wird der geplagte Autor der „jüdischen Orgel" machen? Wird er mit dem „teutschen" Teil der Redaktion zum Hakenkreuz schwören, oder wird er im Nebenzimmer warten, bis er „in seiner Eigenschaft als Theaterkritiker" gerufen wird, oder wird er den Kollegen schützen? Jetzt haben wir jedenfalls die Bescherung, daß ein Redakteur der „Bohemia" mit Karl Kraus sympathisiert. Ob er nun bewußt Kraus zum Vorbild erwählt hat oder ob gar dessen Geist derart zum Zeitgeist geworden ist, daß er sogar „Bohemia"redakteure ansteckt, Herrn Weinert wird nichts anderes übrig bleiben als zu erklären, daß ihm Georg Mannheimer genau so unbekannt sei, wie Dr. Bacher nicht wußte, daß sein Bild im „Montagsblatt" erscheine.

Der skandalöse Wohnungswucher.

Wo bleiben da die Wuchergerichte.

Unbehindert und ungestraft treiben seit Jahr und Tag in allen großen und kleinen Städten der Republik Ungezählte ihr schamloses Handwerk des Wohnungswuchers. Die Tatsache, daß Tausende keine Wohnung haben und keine finden können, wird zu den unerhörtesten Forderungen von jenen ausgenützt, die als Bauherren über Wohnungen verfügen. Hunderte Fälle, die nach dem Wuchergericht förmlich schreien, ließen sich aus dem täglichen Leben anführen; jeder dritte wohl hat im Laufe der letzten Jahre die unersättliche Gier des Wohnungswuchers selber erfahren, die Spatzen pfeifen es von den Dächern — die Wuchergerichte aber scheinen von all dem nichts zu wissen. Vielleicht hilft da ein Aufruf an das öffentliche Gewissen, daß jedermann jeden ihn unterkommenden Fall sofort und rücksichtslos dem Urteil der Allgemeinheit übergebe. Mehren sich die Anzeigen, dann werden die Behörden wohl oder übel einschreiten müssen.

Für heute sei aus der Unmasse gleicher und ähnlicher Fälle ein einziger herausgegriffen, der in Prag spielt, ebensogut aber auch in der Provinz sich hätte ereignen können: Im „Prager Tagblatt" offerierte jemand vor kurzem zwei Wohnungen mit insgesamt sechs Zimmern in einem Stockaufbau. Einem der schriftlich Nachfragenden wurde folgender Bescheid zuteil:

Euer Wohlgeboren.

Die annoncierten Wohnungen werden jetzt gebaut und befinden sich in Prag II., Stephansgasse und sind zum Novembertermin 1923 beziehbar.

Der **Teilmietzins** für eine Wohnung wird für **zehn Jahre vorauszubezahlen** sein im Betrage von **Kč 200.000.—** und ein weiterer **jährlicher Mietzins** von **Kč 3500.—** Netto ist zu entrichten. Alles Nähere in meinem Büro.

Hochachtungsvoll

Josef Swoboda jun.,
Beh. aut. Stadtbaumeister,
Ständige Sachverständige für das Bausach des Landesgerichtes in Prag,
Prag 838-II., Wenzelsplatz Nr. 15 n.
Telephon 1912.

(Folgt die Unterschrift des Herrn Josef Swoboda sen.).

Daß da ein einfach himmelschreiender Wucher vorliegt, muß jedem auf den ersten Blick einleuchten. 200.000 Kronen sind sofort als „Teilmietzins" auf zehn Jahre vorauszubezahlen. Mit Zinsen und Zinseszinsen macht das in zehn Jahren für den Empfänger, der einen Dummen mit entsprechendem Vermögen gefunden hat, **300.000 Kronen** aus; hinzu kommen jährlich **3500 Kronen als ordentlicher Mietzins**, so daß sich also der edle Bauherr einen **jährlichen Miet- und „Teilmiet-Zins** von insgesamt etwa **28.000 Kronen** will zahlen lassen. Und dieser Bauherr ist — oder für ihn zeichnet — ein **behördlich autorisierter Stadtbaumeister, ein ständiger Sachverständiger des Prager Landesgerichts.** Wir sind der Meinung, daß sich das Landesgericht für seinen Sachverständigen mehr interessieren sollte. Die Herren Swoboda junior und senior haben wir kennen gelernt, nun wünschen wir etwas vom Wuchergericht zu hören.

Mieter und alle jene, die es werden wollen, müssen ihren Widerstand gegen die skrupellosen Wohnungswucherer organisieren. Und der erste Schritt zur Organisation ist in diesem Falle rücksichtslose Veröffentlichung jedes Falles und Anzeige bei Gericht. Dann werden, so hoffen wir, die bislang so bescheiden im Hintergrund arbeitenden Wuchergerichte gezwungen sein, den Räubern das Handwerk zu legen.

Unwahre Meldungen. Die sächsische Regierung teilt mit, daß die von den Dresdener Blättern verbreiteten Meldungen, die sächsische Regierung habe die Absicht, auf Entlassung der böhmischen Arbeiter in Sachsen hinzuwirken, unrichtig sei. Die Regierung habe sich im Gegenteil im Einvernehmen mit den Gewerkschaften entschieden auf den Standpunkt gestellt, daß solche Entlassungen ein völlig ungenügendes Mittel sein würden, die Not der Lausitzer Erwerbslosen zu lindern und daß sie nur den Erfolg haben würden, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sachsen und der Tschechoslowakei auf das Ernsteste zu gefährden. Die Regierung weist auf die kürzlich in Berlin stattgefundenen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei hin, bei denen vereinbart wurde, in der Behandlung der deutschen und tschechoslowakischen Arbeitnehmer in den Grenzgebieten auf das Beste zu verfahren.

Eine vernünftige sittenpolizeiliche Maßnahme. Der Ausschuß für soziale Verwaltung des österreichischen Nationalrates nahm in seiner letzten Sitzung Stellung zu dem erschreckend hohen Ansteigen der Geschlechtskrankheiten in Wien. In der Debatte erklärte der Regierungsvertreter, daß die Razzien in den Stundenhotels nicht nur fortgesetzt und strenger durchgeführt, vielmehr auch nun eine Verschärfung dadurch erfahren, daß der gesundheitlichen Untersuchung nicht nur die Frauen, sondern auch deren männliche Begleiter unterworfen werden.

Riesiges Ansteigen der Tollwuterkrankungen in Berlin und Wien. In Berlin gibt es jetzt zweihundertfünfzehn angemeldete Hunde. Die weitere Folge ist ein furchtbares Ansteigen der Tollwuterkrankungen und daher schwere Gefährdung von Menschen. Gegenwärtig sind im Institut für Infektionskrankheiten hundertsieben Menschen in Beobachtung, die von verdächtigen Hunden gebissen worden sind. Nunmehr wurde der im Jahre 1911 aufgehobene Maulkorbzwang wieder eingeführt. — In einer Sitzung der Gesellschaft der Aerzte in Wien sprach vor einigen Tagen Professor Schnürer von der Tierärztlichen Hochschule über die erschreckende Zunahme der Wutkrankheit, die zum größten Teil durch Hunde übertragen werde. Die Aerzte stehen, obwohl sie über bewährte Maßnahmen verfügen, dieser Gefahr machtlos gegenüber, weil sie insbesondere im Publikum zu wenig Hilfe finden. Viel trägt dazu die beträchtliche Zunahme der Hundehaltung bei. In Wien wurden 1919 37.000, 1920 44.000, 1921 54.000, 1922 81.000 und in diesem Jahre bis heute bereits 77.000 Hunde gemeldet. Dadurch werden nach Ansicht des Redners Unsummen Volksvermögens vergeudet. Anderseits zeigen die Protokolle des Wiener Pasteur-Institutes ganz entsetzliche Folgen dieser vermehrten Hundehaltung. Im Jahre 1919 mußten 450, 1920 330, 1921 500, 1922 996 und im laufenden Jahr bereits 382 Personen der Schutzimpfung unterzogen werden. Der Vortragende fordert eine empfindliche Erhöhung der Hundesteuer, den unbedingten Maulkorbzwang, meint aber, daß alle Maßnahmen unzulänglich bleiben würden, solange das Publikum nicht selbst mitarbeiten würde an der Bekämpfung der Seuche. Zu diesem Zwecke empfehle er die Schutzimpfung der Tiere vor erfolgter Infektion, die, heute auf eine neue Basis gestellt, glänzende Erfolge zeitige.

Und wieder zwei Todesopfer einer Granatexplosion. Am Donnerstag hat sich in Oderberg ein furchtbares Unglück zugetragen, dem zwei Menschen zum Opfer fielen. Der Grundbesitzer Gabriel Holesch fand in seinem in Zablacz bei Oderberg liegenden Gehöft einen alten Granatzünder. Er zeigte diesen seinem Bekannten, dem 40-jährigen Arbeiter Ludwig Kula und beide manipulierten damit. Plötzlich explodierte der Zünder und tötete beide Männer auf der Stelle. Die Leichen waren furchtbar verstümmelt.

Der Tod in der Grube. In der Kottebacher Grube in der Zips, ereignete sich am Mittwoch ein Grubenunglück. Eine drei Meter hohe vom Regen unterwaschene Wand, die gesprengt werden sollte, löste sich los und zermalmte zwei rumänische Arbeiter, während ein dritter lebensgefährlich verletzt wurde.

Alkohol verkürzt das Leben. Es ist eine bei Tierexperimenten längst festgestellte wissenschaftliche Tatsache, daß länger andauernde Alkoholzufuhr wichtige Veränderungen in den Zellen der Versuchstiere herbeiführt. Diese Versuche sind durch umfangreiche Untersuchungen des schwedischen Mediziners Professor Einar Sjövall über den Alkohohl als Krankheitsursache in vollem Umfange bestätigt worden. Von den erwähnten Veränderungen werden fast sämtliche Organe des Körpers betroffen, da der Alkohol, wie unzweifelhaft bewiesen ist, sich ziemlich gleichmäßig in fast allen Teilen des Körpers verbreitet. Am schwersten freilich wird das Zentralnervensystem in Mitleidenschaft gezogen, was eine Folge seiner eigenartigen chemischen Zusammensetzung ist. Besonders auffallend ist die Verminderung gewisser phosphorhaltiger Fettarten, der mit Ausnahme der Nieren alle Organe unterliegen. Dieser Einfluß bleibt sogar noch mehrere Monate nach Einstellung der Alkoholzufuhr bestehen. Dies allein beweist schon, daß es sich hierbei nicht um eine Verminderung bedeutungsloser und leicht ersetzbarer Stoffe handelt. Man hat auch gute Gründe, anzunehmen, daß die Verminderung dieser Fettarten eine größere oder geringere Einbuße der Fähigkeit der Zellen im Gefolge hat, die Arbeiten zu verrichten, für die sie da sind. Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt, nichts anderes als eine chronische Erkrankung, die jedoch nicht immer leicht zu ermitteln ist, sofern man sich lediglich an Organveränderungen hält; denn im allgemeinen weisen die Organe selbst bei der Obduktion ein normales Aussehen auf. Nur ein einziges Organ zeigt häufig eine augenfällige Veränderung als unmittelbare Folge der Alkoholeinwirkung, nämlich die Fettleber. Werden bei der Obduktion schwerere Organveränderungen wahrgenommen, so können diese von anderen schädlichen Einwirkungen herstammen, von denen Alkoholiker öfter und stärker angefallen werden als nüchterne Personen. Den Zusammenhang zwischen Krankheit und Alkoholmißbrauch kann man sich auf vier verschiedene Arten vorstellen. Entweder liegt eine Alkoholeinwirkung im eigentlichen Sinne ohne Mitwirkung anderer Faktoren vor. Oder Alkoholgenuß und andere Faktoren wirken zusammen. Oder die Krankheit entsteht auf Grund einer durch den Alkoholmißbrauch veranlaßten unzweckmäßigen Lebensweise. Oder sie ist die Folge des Rückganges der ökonomischen und sozialen Lebenshaltung anzusehen, die der Alkoholmißbrauch hervorgerufen hat. Da nun die Statistik keine Unterscheidung zwischen diesen vier Möglichkeiten treffen kann, so folgt daraus, daß man statistische Folgerungen über die pathologische Einwirkung des Alkohols mit Vorsicht betrachten muß. Andererseits wiederum sind solche Zahlen nicht zu unterschätzen; denn eines beweisen sie untrüglich: die verkürzte Lebensdauer des Alkoholikers. Nach Sjövalls Untersuchungen bestätigt es sich auch, was man schon früher annahm, daß nämlich auch kleine Alkoholdosen schädlich sind, zumal was ihre Einwirkung auf höhere geistige, logische Arbeit betrifft.

Deutsche Volksschule Karolinental. Von der Leitung der Deutschen Volksschule in Karolinental, Havlíčkova 8, wird uns mitgeteilt: Die Einschreibung der Schüler und Schülerinnen für das kommende Schuljahr findet am 30. und 31. August und 1. September 1923 statt. Anmeldungen für die erste Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

„Die Freie Gemeinde", Nr. 11, mit Aufsätzen vom L. P. über „Sportpflege und Gemeindeverwaltung", von Viktor Noack-Berlin über „Kommunalpolitische Organisationen in Deutschland" und L. P. „Das neue Mieterschutzgesetz" (Schluß) ist soeben erschienen. Die Rubrik „Rundschau" enthält Berichte über soziale und im Allgemeininteresse gelegene Arbeiten, welche die sozialdemokratischen Verwaltungen der Städte Bodenbach und Fischern in den letzten vier Jahren durchführten, sowie eine Reihe wichtiger Entscheidungen von Behörden. Unter „Kleine Mitteilungen" und „Auskunftsecke" findet der praktisch tätige Gemeindefunktionär in jeder Nummer viel Wissenswertes. Die „Freie Gemeinde" erscheint zweimal monatlich und kostet vierteljährlich 4.50 K; zu beziehen durch die Verwaltung Prag II, Havlíčkova nám. 32/II.

Der Prozeß gegen Soupal. Josef Soupal wurde gestern durch den Untersuchungsrichter die Anklageschrift übergeben und ihm gleichzeitig der Beschluß mitgeteilt, mit welchem sich der Staatsgerichtshof für zuständig erklärt. Die Hauptverhandlung wird vor dem Prager Landesstrafgericht stattfinden. Die Klage lautet auf Verbrechen des Meuchelmordes. Der Prozeß wird unter dem Vorsitze des Senatspräsidenten Dr. Ružička aus Brünn stattfinden.

Ein Todesurteil. Vor dem Brüxer Schwurgerichte stand dieser Tage der 23jährige Privatbeamte Leopold Voitek, der am 22. April d. J. seine 22jährige Braut Franziska Zalesak durch fünf Revolverschüsse getötet hatte. Die Geschworenen bejahten die auf Mord lautende Schuldfrage; der Gerichtshof verurteilte daraufhin den Angeklagten zum Tode durch den Strang.

Der internationale stenographische Kongreß wurde auf das Jahr 1924 verschoben.

Die Korrumpierung der Presse.

Von Fritz Wolter.

In Oesterreich konnte man die Journalisten seit jeher für ein Butterbrot kaufen. In Frankreich wurde seit Jahren der Handelsteil an die Banken seitenweise verpachtet, die Seite zu 800.000 Franks. In Italien waren Verleger und Zeitungsschreiber einzeln käuflich. Die amerikanische Presse stand seit jeher im Dienste der Industrie- und Finanzkapitals. Im engeren Sinne korrupt sind die Journalisten der großen deutschen Blätter vor dem Kriege nicht gewesen und sind es auch heute nicht. Umso betrübender ist der Prozeß, der sich innerhalb der Verlage in den letzten Jahren abgespielt hat. Die deutschen Journalisten haben fast widerstandslos vor der Korrumpierung der Verlage durch die Schwerindustrie kapituliert. Das Charakteristikum der neudeutschen Zeitungskorruption, eben der Korrumpierung durch die Industriemagnaten, ist, daß diese das Verlagsgeschäft nicht als Selbstzweck, nach kaufmännischen Methoden, betreiben, sondern, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, als Nebenbetrieb ihrer anderen Unternehmungen. Die Zeitung gehört nicht mehr zu den Einnahmsquellen, sondern zu den Reklamekosten: sie ist die wirtschaftliche Propagandamaschine, das letzte Glied des vertikalen Trusts.

Der erste Industrielle in Deutschland, der bewußt darauf ausging, sich die öffentliche Meinung gefügig zu machen, war der „Eisenbahnkönig" der Gründerjahre: Bethel Henry Strousberg. Der geniale Bankerotteur war auch darin den Gründern von heute ein leuchtendes Beispiel. Seine Zeitungsgründung ist die „Post", das spätere Organ der Freikonservativen Partei, das besonders am Anfang der Neunzigerjahre unter dem Einfluß des Herrn v. Stumm eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Eine zweite Berliner Zeitungsgründung, die von der Industrie ausgehalten wurde, war der „Deutsche Kurier", der kurz vor dem Kriege von den Herren Fuhrmann und Hirsch-Essen als Organ des rechten Flügels der

---

Und auch die Kälte ist nicht gut, und auch die zerrissene Decke nicht, und auch das abgestandene Gemüse nicht.

Jeden Abend, wenn er in der engen Werkstatt allein blieb, jagten an ihm diese vielen Dinge vorbei. Oft dünkte ihn, als stünde die Mutter neben ihm, streichelte seinen Kopf, seufzte und spräche von jenem Manne, der nach Amerika fuhr und nicht mehr zurückkehrte.

Er griff unter das Kissen. Dort hatte er das kleine, bunte Heftchen versteckt, das er allabendlich las. Sherlok Holmes . . . Detektivroman, Heft fünf . . . Er begann zu lesen. Vergaß die Kälte, den Hunger, verschlang die schwarzen Buchstaben. Der Detektivkönig findet auf der Straße eine blutige Manschette, hebt sie auf, folgt den Spuren, geht in die Spelunke, entdeckt dort den Mörder, belauscht sein Gespräch, wird erkannt. Man will ihn töten, er verteidigt sich, zertrümmert die Lampe, verschwindet, fällt in den Keller, kriecht in ein Faß, wird gesucht, nicht gefunden, schlüpft dann hervor, erbricht die Eisentür des Kellers, gelangt auf den Hof, auf die Straße . . . wird bemerkt, verfolgt . . .

Herrlich . . .

So sah er es auch im Kino.

Er setzte sich auf.

Vernahm den Lärm der Verfolger. Mein Gott . . . sie werden ihn doch nicht erwischen . . .

Er wurde schläfrig. Streckte die Hand aus, drehte den Hahn ab, kehrte sich der Wand zu und schlief ein. Schreckte hin und wieder aus dem Schlaf.

„Tut mir nichts" — stöhnte er — „tut mir nichts . . . wehe . . ."

3.

Als Meister Sovek um halb acht morgens in die Werkstätte kam, fand er die Tür verschlossen. Er begann zu pochen, erhielt jedoch keine Antwort. Auf das Pochen kam auch der Friseur herbei und riet, einen Schlosser zu holen, denn vielleicht ist dem Knaben ein Unglück zugestoßen.

Der Meister sagte, er habe jetzt keine Zeit, müsse in die Kirche eilen, weil der Chor auf ihn warte.

„Lassen Sie den Chor Chor sein," — sprach der Friseur.

„Zuerst kommt Gott, dann der Mensch," — erklärte der Meister mit tiefer Ueberzeugung und entfernte sich. Als er zurückkehrte, war die Tür noch immer verschlossen; sie mußte aufgebrochen werden. Aus dem engen Raum strömte Gasgeruch.

Meister Sovek sprach wütend:

„Der verdammte Kerl hat die Gasuhr nicht abgestellt, jetzt haben wir die Bescherung."

Hildebrand lag auf dem Kotzen, bloß, mit gezogenem Gesicht. Er lebte noch . . .

Der Friseur telephonierte um die Rettungsgesellschaft, Hildebrand wurde fortgeschafft und drei Tage später begraben, ganz wie seine Mutter. Hinten, neben dem Zaun, ohne Priester, ohne Menschen, und auch die Totengräber hatten es sehr eilig.

Der Meister holte sich aus dem Waisenhaus einen andern Knaben, und singt allmorgendlich mit frommem Gesicht im Chor, zum Lob des Herrn.

Nationalliberalen ins Leben gerufen wurde, sich aber nicht durchsetzen konnte, mit der „Post" verschmolzen und schließlich mit ihr zusammen von Scherls „Tag" aufgesogen wurde. Das eigentliche Berliner Organ der Schwerindustrie waren vor dem Kriege die „Berliner Neuesten Nachrichten" — in Berlin bekam man sie kaum zu sehen —, politisch freikonservativ, nach Bismarcks Entlassung forciert bismärckisch, aber ebenso wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" unverhohlen im Dienste der Rüstungsindustrie. Die Auflage dieser Blätter ist immer gering gewesen: die „Berliner Neuesten Nachrichten" sind nie über 20.000, die „Post" wohl nie über 10.000 Exemplare hinausgekommen. Trotzdem ist der schwerindustriellen Presse gelungen, durch die aufreizende nationalistische Tonart dem deutschen Reich im Ausland viele Feinde zu machen.

Das alles waren aber nur Vorläufer. Die planmäßige Korrumpierung der Presse durch die Großindustrie fängt erst im Kriege an. Den Beginn kann man etwa vom Jahre 1916 datieren, als Herr Hugenberg, damals noch Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, sich auf den Aufkauf von Zeitungen und Korrespondenzen warf. Das erste große Blatt, das zu Fall kam, war der „Berliner Lokal-Anzeiger". Zuerst wurde August Scherl aus seinem Hause herausgedrängt, dann suggerierten gewisse Interessenten Herrn Bethmann Hollweg, daß Mosse sich des Verlages Scherl bemächtigen wolle, und daß man diese Tempelschändung aus patriotischen Gründen um jeden Preis verhindern müsse. Bethmann Hollweg fiel darauf herein und besorgte etliche Millionen, um den Verlag Scherl zu sanieren und in die Hand zu bekommen. Aber als die Sanierung fertig war, stellte sich plötzlich heraus, daß Bethmann Hollwegs Antagonisten, eine von dem Kölner Kommerzienrat Louis Hagen geführte Gruppe rheinisch-westfälischer Industrieller, über die Mehrheit des Gesellschaftskapitals verfügten — und die Millionen der Bethmannioner waren verdü.

Der andere entscheidende Einbruch der Schwerindustrie in die Berliner Presse war im Sommer 1920, nach dem Tode Reimar Hobbings, der Ankauf der Norddeutschen Verlagsanstalt und damit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" durch Hugo Stinnes. Die Ungeheuerlichkeit dieses Handels bestand darin, daß hier ein Schwerindustrieller das offiziöse Blatt des Reiches und Preußens erwarb, um darin eine ausgesprochen regierungsgegnerische Politik zu treiben. Der Vertrag, den Bethmann Hollweg im Jahre 1917 mit Reimar Hobbing geschlossen hatte, war so unglücklich, daß der republikanischen Regierung nichts anders übrig blieb, als Herrn Stinnes für seine antigouvernementale Propaganda weiterhin zu subventionieren. Zugleich mit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gingen die immer noch offiziös benutzte „Industrie- und Handelszeitung" und der „Kladderadatsch" in den Besitz von Stinnes über.

Hugenberg und Stinnes sind heute die Hauptexponenten des Industriekapitals in der deutschen Presse. Wenn man auch noch zwischen der Stinnes-Presse und der Hugenberg-Presse zu unterscheiden pflegt, so sind sie doch längst keine Konkurrenten mehr, sondern arbeiten brüderlich Hand in Hand. Hugenberg sitzt nicht nur im Aufsichtsrat von Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen, die Stinnes beherrscht; auch in der Presse ist die Kuppelung vollkommen.

Daneben wirken von den rheinisch-westfälischen Magnaten namentlich die Herren Ottmar Strauß und Otto Wolff segensreich für die Aufklärung des deutschen Volkes. Sie haben frühzeitig in München Fuß gefaßt und auch im Rheinland tut ihr Geld seine Schuldigkeit. Sie widmen sich ebenso wie Herr Thyssen mit besonderer Vorliebe der Zentrumspresse, um die katholische Bevölkerung von den sündigen demokratischen Bestrebungen Erzbergers und Wirths abzuhalten. Ganz im Sinne der Schwerindustrie wirken ferner die Gebrüder Huck, die Beherrscher der Generalanzeiger-Presse, die von Berlin aus die „Münchner Zeitung", die „Dresdner Neuesten Nachrichten" und etliche andere große Blätter dirigieren.

Wenn es trotz den Massenaufkäufen der letzten Jahre doch noch eine Anzahl unabhängiger Zeitungsverleger in Deutschland gibt, so kann man die von der Industrie unabhängigen größeren Korrespondenzbüros schon an den Fingern einer Hand herzählen. Die Korrespondenzen liefern aber das Rohmaterial der Zeitungen, und da heute nur noch ein paar ganz große Blätter sich eine eigene telegraphische Berichterstattung leisten können, so sind tatsächlich weit mehr als neun Zehntel aller Blätter vollständig den Korrespondenzbüros ausgeliefert. Da andrerseits die Unterhaltung eines Telegraphenbüros mit Auslandkorrespondenten gegenwärtig ein recht unlukratives Geschäft und besonders einträglich nie gewesen ist, so bot sich hier der Großindustrie eine vorzügliche Gelegenheit, wie es in der Jesuitensprache heißt, conquista espiritual — „geistige Eroberungen" zu machen. Es kommt hinzu, daß die Erwerbung von Korrespondenzbüros weit unauffälliger ist — die Mehrzahl der Zeitungsleser weiß ja überhaupt nicht, daß es derlei Dinge gibt —, und daß man von diesen Nachrichtenzentralen aus weit größere Wirkungsmöglichkeiten hat, als sie ein einzelnes Blatt gewährt. Daher hat schon lange vor dem Kriege das Industriekapital versucht, die Korrespondenzen in die Hand zu bekommen. In größtem Maßstabe versuchte Stinnes, Korrespondenzbüros aufzukaufen und auszubauen. Dabei verfolgte er von vornherein den Zweck, den Nachrichtendienst zugleich für seine Privatgeschäfte zu verwenden. Die 70—80 kaufmännischen Vertreter, die Stinnes im Ausland unterhält, sollten auch die öffentliche Korrespondenz mit politischen und wirtschaftlichen Nachrichten versehen.

Der planmäßige Feldzug der Großindustrie zur Eroberung der deutschen Presse bleib bei den Korrespondenzen, den Rohstoffabteilungen des Zeitungstextes, nicht stehen. Ebenso wichtig war, das Annoncenwesen in die Hand zu bekommen. Diesem Zweck dient die zum Stinnes-Hugenberg-Konzern gehörige „Ala", die Tochtergesellschaft der auch von der Schwerindustrie unterhaltenen Ausland-Anzeigen G. m. b. H. in Essen. Die „Ala" stellt heute, nach der Fusionierung mit Haasenstein und Vogler und Daube, ein mächtiges Unternehmen dar, das namentlich auf die Provinzpresse von großem Einfluß ist. Der Kampf, den die Annoncenexpedition von Mosse während des Krieges im Berliner Tageblatt gegen ihr einziges Konkurrenzinstitut führte, ist merkwürdigerweise ganz abgeflaut, die Interessensphären scheinen gegeneinander abgesteckt zu sein.

Außer den eigentlichen Zeitungsbetrieben verfügt heute die Schwerindustrie über eine stattliche Zahl großer Druckereien, so Stinnes über die Akzidenzdruckerei von Büxenstein in Berlin, in der mehrere deutschnationale Blätter hergestellt werden, und es gehört zu den grotesken Zügen des Kapitals Stinnes, daß die Stinnesschen Druckereien vom Reich ausgiebig mit der Herstellung von Papiergeld beschäftigt werden, daß der größte Inflationsgewinner also zugleich der größte Notendrucker ist.

Dem Vorbild von Stinnes eifert der österreichische Inflationskrösus, der 30jährige Herr Bosel, nach, der in Wien bereits eine Tageszeitung, den „Morgen", unterhält und nun auch Berlin mit einer Montagszeitung beglücken will. Die Unbefangenheit des neuen Blattes wird dadurch verbürgt, daß der künftige Chefredakteur zugleich der Herausgeber einer Wochenschrift ist, in der erst vor kurzem ein Kampagne gegen die Invasion der österreichischen Inflationsritter geführt wurde. Freilich galt die Kampagne nicht Herrn Bosel, sondern dessen größtem Wiener Konkurrenten: Camillo Castiglioni.

Ueberblickt man das freundliche Bild, das die Finanzierung der deutschen Presse gegenwärtig bietet, so muß man sagen, daß wir nicht mehr allzuweit entfernt sind von Zuständen, wie sie Zola in seinem „Geld" von der französischen, Upton Sinclair in „100 Prozent" von der amerikanischen Presse zeichnet. Ja, Deutschland stellt sogar die Methoden des Auslandes in den Schatten: die deutsche Schwerindustrie gibt sich nicht mit kleinlichen Korruptionen von Journalisten und Verlegern ab: sie kauft den ganzen Betrieb auf — und die Sache ist erledigt. Geld spielt dabei keine Rolle. Die Korrespondenzbüros erfordern sämtliche hohe Zuschüsse, die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat Herrn Stinnes im letzten Jahre 30 Millionen — nach heutigem Werte wenigstens eine Milliarde — gekostet, trotz den Masseninseraten, womit die Stinnes-Unternehmen die „D. A. Z." füllen; selbst die „Ala" rentiert sich nicht. Aber was bedeutet eine, was bedeuten hundert Milliarden für die Schwerindustrie, wenn ihr gelingt, sich die öffentliche Meinung gefügig zu machen? Durch eine Steuervorlage, die sie zu ihren Gunsten umbiegt, läßt sich doppelt und dreifach herausholen, was man für die „Aufklärung" der Bevölkerung ausgibt.

Das Bedenklichste der neudeutschen Preßkorruption ist jedoch nicht, daß die Geldgeber versuchen, sich durch Stimmungsmache privatwirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, sondern ist die Art, wie sie Preßpolitik treiben. Die Preßpolitik unserer Großindustrie ist ebenso wie ihre gesamte politische Betätigung: von einem entsetzlichen Dilettantismus. Der Prototyp des politischen Dilettanten ist Hugo Stinnes. Derselbe Mann, der mit dem Marquis de Lubersac ein Lieferungsabkommen für Frankreich über viele hundert Goldmillionen abschließt, läßt in seiner Presse eine Hetze gegen Frankreich zu, daß es nicht verwunderlich wäre, wenn ein eifriger Leser der „D. A. Z." auf den Stinnes des Lubersac-Abkommens ein Attentat verübte. Derselbe Mann, der als Mitglied der Deutschen Volkspartei im Reichstag sitzt, läßt zu, daß in seiner Presse ein chauvinistischer Pogromton angeschlagen wird, der eines Wulle würdig ist. Für eine Preßpolitik dieser Art gibt es nur eine Erklärung: Stinnes selbst ist heute nicht mehr geistig Herr in seinem Hause. Auf dem langen Weg über seinen Generaldirektor Minoux, die Subdirektoren, den Kapitänleutnant Human bis zu den Adepten des Herrn Lensch wird aus den Intentionen, die Stinnes gibt, etwas ganz andres. Die verwilderten Marineoffiziere, die in den Stinnesschen Zeitungsbüros Unterschlupf gefunden haben, sind ihrem Brotherrn über den Kopf gewachsen. Sie treiben auf eigne Faust einen Bürgerkrieg, mit dem Hugo Stinnes gewiß nicht immer einverstanden ist. Gleichwohl trifft ihn und seine unmittelbaren Helfer die Schuld, daß man diesen Ton der Seemannsschenke in den Redaktionsstuben großer Zeitungen hat einreißen lassen.

Aber da die Qualität leider nicht den Erfolg einer Zeitung entscheidet, so darf man auch die Gefahren, die die schwerindustrielle und namentlich die Stinnes-Presse für Deutschland birgt, nicht gering einschätzen. Verwirrung im Innern, Mißtrauen und Deutschenhaß im Aeußern: das ist das Resultat der schwerindustriellen Preßpolitik.

Sabotage des deutschen Anbotes.

Paris, 9. Juni. „Petit Parisien" berichtet: Die im Laufe der Brüsseler Verhandlungen von der französischen und der belgischen Regierung getroffene Entscheidung, keinen deutschen Vorschlag zu prüfen, solange im besetzten Gebiete, besonders im Ruhrgebiete, der organisierte passive Widerstand nicht aufgehört habe, ist den Kabinetten von London und Rom offiziell bekannt gemacht worden. Der Notifizierung folgte gestern ein interalliierter Meinungsaustausch.

* *

Beginn der französisch-englischen Beratungen.

London, 9. Juni. (Havas.) Es wird bestätigt, daß die Minister Montag mit der Prüfung des deutschen Memorandums beginnen werden. Es ist der Wunsch entscheidender Kreise, daß sich die Alliierten in gemeinsamer Beratung darüber äußern, welche Teile der deutschen Vorschläge annehmbar sind und welche nicht. Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern und der französische Botschafter verglichen gestern den französischen und den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage.

Mussolini über die Reparationen.

Rom, 8. Juni. (Stefani.) In einer Senatsrede präzisierte Mussolini den Standpunkt Italiens zur Reparationsfrage in folgenden vier Punkten:

1. Deutschland kann und muß eine Summe bezahlen, die nunmehr allgemein präzisiert werden soll und die von den mehreren 100 Milliarden, von denen man unmittelbar nach dem Waffenstillstande gesprochen hat, recht weit entfernt ist.

2. Italien könnte Aenderungen oder einen Umsturz territorialer Art, der eine politische, wirtschaftliche oder militärische Hegemonie herbeiführen könnte, nicht zulassen.

3. Italien ist bereit, einen Anteil an den Opfern für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, wenn diese notwendig sein werden, zu tragen.

4. Die italienische Regierung ist heute mehr denn je der Ansicht, daß das Reparationsproblem und jenes der interalliierten europäischen Schulden auf das Engste mit einander verknüpft sind und im gewissen Sinne von einander abhängen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Besetzung des Ruhrgebietes die Reparationskrise äußerst verstärkt hat. Der deutsche Vorschlag vom 2. Mai sei für Italien vollkommen unannehmbar. Die deutsche Schuld beträgt nach dem deutschen Vorschlag vom 2. Mai kaum ein Drittel der ursprünglichen im englischen und italienischen Vorschlag mit 50 Milliarden festgesetzten Schuldenziffer. Deutschland hat insbesondere infolge des englischen und italienischen Standpunktes seine Vorschläge vom 2. Mai als unzureichend anerkannt und gestern abends hat der deutsche Botschafter eine neue deutsche Note übergeben, über deren Charakter sich Mussolini vorläufig nicht aussprechen könne, da zunächst diplomatische Verhandlungen zwischen den Alliierten stattfinden müssen.

Lohn- und Arbeitskrise.

Berlin, 9. Juni. (Eigenbericht.) Es ist zu befürchten, daß die ablehnende Haltung, die viele Unternehmer den Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber einnehmen, zu neuen Streiks führen wird. Die Streikbewegung in Oberschlesien hat sich verschärft, die Ziele des Streiks sind wegen der Planlosigkeit der kommunistischen und unionistischen Agitation ziemlich unklar. Die von bürgerlicher Seite ausgehenden Meldungen über Terrorakte werden aber von den Gewerkschaften dementiert. Heute haben auch die Landarbeiter den Generalstreik von Mittel- und Niederschlesien proklamiert. Bei den Beamten hat ebenfalls eine Lohnbewegung eingesetzt, dazu wächst ständig die Arbeitslosigkeit, auf deren Gefahren heute der preußische Ministerpräsident Genosse Braun hinwies.

Steigen der Devisen und Preise.

Berlin, 9. Juni. (Eigenbericht.) Obzwar man glaubt, daß die deutsche Note die Grundlage für neue Verhandlungen bilden wird, fürchtet man doch an der Börse, daß die Reparationsbedingungen für Deutschland kaum tragbar sein werden. Es setzte daher auf der gestrigen Nachbörse eine neue Hausse ein, die sich heute noch steigerte. Es notierten: der Dollar 84.100, das englische Pfund 380.000, der Schweizer Frank 14.962 und die tschechische Krone 2518 (2344).

Die Preise steigen fast im gleichen Maß wie die Devisenkurse. Von nächster Woche an kostet der Kubikmeter Gas 1200 Mark Wasser 600, eine Kilowattstunde Strom 2000 Mk. der Tarif der Straßenbahn wird auf 600 Mark erhöht, ein Liter Milch wird 1400, ein Pfund Butter 15—16.000 Mark kosten. Ein Ei kostet 800 Mark.

Der Hochverrat der Hakenkreuzler.

Die französischen Umtriebe in Deutschland.

München, 8. Juni. (Tsch. P. B.) Im Hochverratsprozeß Fuchs und Genossen sagte der zweite Hauptbelastungszeuge Friedemann, Sekretär des bayerischen Ordnungsblocks, u. a. aus, der angebliche Kampf gegen den Bolschewismus sei Bluff gewesen, ebenso der Kampf für die Monarchie. Sowohl Loucheur wie Richert hätten gesagt, daß eine monarchistische Umwälzung nicht in Frage kommen dürfe. Von Richert habe man erfahren können, daß der mitteldeutsche Aufstand im Frühjahr 1921 auch von französischer Seite beeinflußt worden sei. Machhaus habe mit Lyonel, dem Leiter der Ostabteilung des Quai d'Orsay, verhandelt. Richert habe im Januar 1923 davon gesprochen, daß er mit Degoutte und General Mittelhauser in Verbindung stehe.

Fascistische Aufhetzen in Dresden.

Dresden, 9. Juni. (Tsch. P. B.) Die sächsische Regierung teilt mit, daß tatsächlich bei den Dresdener Unruhen fascistische Elemente bei der Aufreizung der Erwerbslosen mitgewirkt hatten. Diese Tätigkeit rechtsstehender Provokateure habe in viel größerem Umfange stattgefunden, als bisher bekannt geworden sei. Feststellungen darüber würden in den nächsten Tagen in der Presse oder im Landtage von der Regierung bekanntgegeben werden. Namentlich habe sich auch Leutnant Krull, der bei der Ermordung Rosa Luxemburgs eine höchst verdächtige Rolle gespielt habe und deshalb vor Gericht gestellt worden war, an den Unruhen beteiligt. Er gab sich als Vertreter des Reichskommissärs für die öffentliche Ordnung aus, den er auch von Dresden aus telephonisch angerufen habe. Der Reichskommissär habe ihn aber abgeschüttelt.

Höllein ausgewiesen.

Paris, 9. Juni. Die Ausweisung des deutschen kommunistischen Abgeordneten Höllein wird dem Vernehmen nach jedenfalls im Laufe des heutigen Tages erfolgen. Damit wird auch der gegen ihn erhobene Strafantrag hinfällig.

Gerichtssaal.

Verurteilung nach dem Terrorgesetz.

Freitag fand vor dem Troppauer Landesgerichte als Berufungsgericht die Berufsverhandlung der Arbeiter der Firma Strasilla statt. Angeklagt waren die in der „Graphischen Union" organisierten, bei Strasilla beschäftigten Swoboda Leopold, Panczakewicz Edmund und Ondratschek, sämtliche Vertrauensmänner der Organisation. Angeklagt waren sie, weil sie von der Arbeiterin Anderla forderten, daß diese der „Union" beitrete, weil sie ja auch die Vorteile der Lohnverhandlungen genieße. Diese lehnte nicht nur den Beitritt zur Organisation ab, sondern erstattete auch noch gegen ihre Arbeitskollegen die Anzeige an die Polizei. Als die polizeiliche Anzeige den Arbeitern zu Ohren kam, kündigten alle bei Strasilla Beschäftigten die Arbeit, weil sie es unter ihrer Würde fanden, mit einer Denunziantin gemeinsam zu arbeiten. Strasilla entließ hierauf die Anderla, weil er mit ihr nicht allein arbeiten konnte. Dies die Grundlage des Prozesses. Daraus hatte der Staatsanwalt eine Uebertretung des Terrorgesetzes konstruiert und der Richter des Bezirksgerichtes hat alle drei Angeklagten verurteilt, zwei davon bedingt, und alle drei zum Ersatz der Kosten und zu einer Entschädigung von 3600 K an die Privatbeteiligte. Das Berufungsgericht hat das erstrichterliche Urteil bestätigt, nur die Entschädigungsansprüche wurden auf 1600 K herabgesetzt.

Kleine Chronik.

Das Wetter der Woche.

(Bericht der Meteorologischen Korrespondenz.)

Das rauhe und unfreundliche, meist trübe und regnerische Wetter, das fast den ganzen Monat hindurch geherrscht hatte, hat sich auch in den Juni hinein fortgesetzt und während der vergangenen Woche weniger den Eindruck des Sommers als des April erweckt. An diesen gemahnten besonders die Temperaturen, die selbst mittags fast überall unter 15 Grad blieben und größtenteils 10 Grad Wärme nur unwesentlich überschritten. Auch die Regenfälle waren in der letzten Woche wieder sehr zahlreich und über das ganze Land verbreitet; stellenweise waren die gefallenen Niederschlagsmengen sehr bedeutend. Die Luftdruckverteilung war bis gegen Ende der Woche fast völlig stabil, indem hoher Luftdruck über dem atlantischen Ozean lagerte, während Nord- und Nordosteuropa von Tiefdruckgebieten beherrscht war, deren Randgebilde sich bis nach Mitteleuropa ausdehnten. Sie hatten auch die häufigen Niederschläge zur Folge, denen mit nordwestlichen Winden aus dem Bereich des Nordmeeres kalte Luft nachströmte, nachdem sich die mitteleuropäischen Randwirbel in östlicher Richtung entfernt hatten. Infolgedessen war auch die in der Vorwoche erfolgte mäßige Temperaturzunahme rasch wieder in ihr Gegenteil umgeschlagen; denn nunmehr näherte sich von der Westseite der nördlichen Depression Mitteleuropa ein Randwirbel nach dem anderen, und jeder einzelne brachte nach vorübergehender Aufheiterung wieder Regen.

Erst Donnerstag machte sich der Beginn einer Umlagerung des Luftdrucks bemerkbar, als auf dem Atlantik südwestlich von Island ein tieferes Minl-

nun erschien, das das Maximum in Bewegung brachte und mit seiner östlichen Hälfte auf den Kontinent schob, wo infolgedessen der Luftdruck Donnerstag und Freitag stark stieg und im Binnenland 770 Millimeter Höhe erreichte. Infolgedessen ließen die Niederschläge nach, und Freitag stieg das Quecksilber bei wechselnder Bewölkung zum erstenmale wieder auf 17 bis 18 Grad Wärme. Trotzdem darf noch nicht mit einer dauernden Besserung gerechnet werden. Auch das Tiefgebiet im Nordosten hat eine neue Energiezunahme erfahren und wird sich daher durch das Maximum noch nicht verdrängen lassen. Es wird vielmehr alsbald mit der neuen Islandpression in Verbindung gelangen, sich auf diese Weise in seiner Wirkung und Intensität noch verstärken und das Hochdruckgebiet rasch wieder südwestwärts vom Kontinent verdrängen. Demgemäß müssen wir nach der um die Wende der Woche erfolgten kurzen Besserung des Wetters erneut mit kühlem und trübem, zu Regenfällen neigenden Niederschlagswetter rechnen, das aller Wahrscheinlichkeit nach auch die ganze nächste Woche hindurch der Witterung ihr Gepräge geben wird.

Ueberschwemmungskatastrophe in Piemont. In ganz Europa gehören die Klagen über das nasse, kalte Wetter und die Wetterschäden zur Tagesordnung. Schwer heimgesucht ist insbesondere Oberitalien infolge der durch den langdauernden Regen eingetretenen Ueberschwemmungen und zumal aus der von den Flüssen Sesia und Mastalone durchströmten Provinz Novara lauten die Nachrichten bedenklich. Mastalone und Sesia haben sich aus ruhigen Bächen in wilde Ströme verwandelt, deren reißende Fluten ganze Ortschaften zerstört und den Verkehr lahmgelegt haben. In Vobello allein sind 16 Personen den Fluten zum Opfer gefallen und viele Ortschaften im oberen Bergland sind da die Straßen weggeschwemmt oder unwegsam geworden sind, vollständig von der Außenwelt abgeschlossen. Schlimm sieht es vor allem auch im Flußgebiet des Toce aus. Hier sind Brücken und Wege vollständig verschwunden, und da auch die Eisenbahngeleise weggeschwemmt sind, so ist der ganze Verkehr unterbrochen. Die Behörden tun ihr möglichstes um den bedrängten Ortschaften Hilfe zu bringen und einen Notverkehr aufrecht zu erhalten. Um einen Begriff von der Größe der oberitalienischen Ueberschwemmung zu erhalten, genügt der Hinweis, daß der Lago Maggiore im Verlauf von 24 Stunden so angeschwollen ist, daß der ganze Landungsplatz von Pallanzo unter Wasser steht.

Wien und Prag.

Auf der Reise von Wien.

Der Schnellzug rast durch die Stationen des Marchfeldes. Hinter uns verschwinden im Dunste des Juninachmittages die Türme von Wien, bald taucht auch die Kette der Voralpen im Grau, das über dem Horizonte lagert, unter. Und nun der Zug uns Kilometer um Kilometer von der Millionenstadt wegführt, beginnt die Erinnerung wach zu werden an die schönen, leider so kurz bemessenen Tage, die man in dieser Stadt zugebracht hat. Und man erinnert sich daran, daß man in Wien immer wieder Vergleiche gezogen hat, daß man doch irgendwo eine kleine Aehnlichkeit mit Prag — der Stadt, in der man arbeitet und lebt — gesucht hat und daß man — enttäuscht wurde.

Die großen Vorbahnhöfe von Wien sind fast leer, zwischen den ausgedehnten Verschubgeleisen wuchert Gras, nach Wien wird nunmehr Kohle in größerem Maße verfrachtet. Jeder andere Verkehr ist abgestorben. Doch wer daraus schließt, daß auch Wien eine tote Stadt geworden ist, den straft das mächtige Leben und Treiben Lügen, das ihm beim Verlassen des Bahnhofes entgegenbraust. Wenn der Großstadtlärm auch vor dem Kriege impulsiver war, so ist er heute doch schon wieder gewaltiger, als in den ersten Jahren nach dem Umsturz, da man auf Wien bereits Nekrologe schrieb. Wien zieht heute ausschließlich eigene Kräfte heran, um sich als Welthandelsplatz zu behaupten und — es fährt nicht schlecht dabei.

Je näher der Zug der Grenze kommt, desto lebhafter drängt sich das Bild Prags vor das geistige Auge. Und man sieht schon den Zug in die Halle des Wilsonbahnhofes einfahren und hört den Schaffner „Praha" rufen. Und drängt sich mit den Massen der Reisenden zum Ausgange, bis mit einem Male nach Abgabe der Fahrkarte eine Kette von Finanzern einem „Halt" gebietet. Ja, richtig, die Verzehrungssteuer. Der Koffer fällt zur Erde, die Nachbarn, die es eilig oder Hühneraugen auf den Füßen haben, beginnen zu fluchen und einem Grobheiten zu sagen, na endlich hat man eine Krone aus der Tasche gezogen und kann passieren. Nun zur nächsten Haltestelle der Elektrischen! Da ist sie ja auch schon! Stolz verkündet eine Serie von Tafeln, daß hier die Einser-, Neuner- und Dreizehnerlinie hält. Aber wohin diese Linien fahren, das steht leider nicht da, der linke Nachbar — ein Kolíner — weiß es nicht, der rechte — ein Wiener — noch weniger. So muß man warten. Jetzt kommt ein „Einser"; fährt nach . . . Bevor man die Tafel an der Vorderseite des Motorwagens entziffern konnte, ist der Wagen schon vorgefahren und man muß sich an den Schaffner wenden (schön höflich, wie es sich für einen wohlerzogenen Menschen geziemt): „Bitte, fährt dieser Wagen zum Graben?" — Keine Antwort. Doch bevor man nochmals zum Fragen kommt — der Schaffner hat sicher die Frage überhört! — erklärt einem ein ebenfalls wartender Reisender, daß man in Prag sich mit einer Amtsperson nur in der Staatssprache verständigen könne; und zum Graben fahre der Einser gleichfalls, jedoch in der entgegengesetzten Richtung. Und während man dann auf der anderen Straßenseite wartet, kann man darüber nachdenken, warum bei den Haltestellen der Prager Elektrischen nicht die Endstationen der einzelnen Linien angegeben sind und warum man in den Wagen selbst bis heute nicht Tafeln angebracht hat, auf denen beispielsweise stehen würde: Hradčany přes Václavské nám. — Wilsonovo nád. — Masarykovo nád. — Celetnou a Staroměstské nám. Diese Tafeln würden kein Vermögen kosten und das ratlose Hin- und Herlaufen der Passanten würde aufhören.

Ratta . . . tatta . . . rasselt der Zug. Am Bahndamm weiden Kühe. Ein Hirte sitzt am Rande eines Weges und übt auf einem Horn den Dreiklang . . . Platz da, Platz da! Der Prager Motorspritzwagen kommt! fährt es da einem durch den Sinn. Und schon sieht man die Leute die Flucht ergreifen, sieht sie sich drängen in Vorhäusern oder Geschäften und sieht, eine Riesenstaubwolke aufwirbelnd, vorbeifahren — eine „Straßenreinigungs- und Befeuchtungsmaschine". Und hinterher — eigentlich gewöhnlich eine Stunde später, bis alles trocken ist. — Automobilbürsten, besser gesagt, Staubwolkenaufwirbler- und -entwickler. Das nennt man in Prag „Straßenreinigung". Die Reinigung schaut auch danach aus!

Prager Sitten und Großstadtgebräuche! Die Wiener müssen oder besser gesagt, können sie schon heute entbehren. Und trotz der ungeheueren Verschuldung der Stadtfinanzen sind die Wiener Straßen heute reiner als die Prager, wickelt sich in Wien der Verkehr klagloser ab als in Prag. Die Prager haben allerdings andere gewichtigere Sorgen: so ein Foch-Empfang kostet beispielsweise ein schönes Stück Geld und so eine Dunalaffäre ist auch nicht umsonst.

Eines hat Wien mit Prag gemeinsam: die Teuerung. Braucht der Fremde heute in Wien 80—100.000 Kronen täglich, so kommt er in Prag mit 40 Kronen auch noch gerade so aus. Angenehmer ist das Leben — wenn man Geld hat — in Wien als in Prag, aber billiger sicher nicht. Was einen ja immerhin trösten kann.

r. h.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Urlaub der Bergarbeiter.

Zwei Fehlentscheidungen des Bergbauschiedsgerichtes.

Das Bergbauschiedsgericht in Brüx hatte sich — wie wir im „Glück auf!", dem Fachblatt der Berg- und Hüttenarbeiter lesen — in seiner Verhandlung am 29. Mai mit der Frage der Urlaubsentschädigung zu beschäftigen. In zweierlei Richtung ward Klage geführt durch die Bergarbeiterorganisationen. Einmal hatten verschiedene Unternehmer sich das Urlaubsgesetz so ausgelegt, daß sie nicht den wirklich bestehenden und vereinbarten Durchschnittsverdienst des Schachtes, sondern den Durchschnittsverdienst von 45 Kronen als Urlaubsentschädigung gewährten, und zweitens hatten manche Unternehmungen von den zu entschädigenden Urlaubstagen die Anzahl der Feierschichten am Werke in Abzug gebracht, d. h. wenn der Arbeiter 12 Tage Urlaub hatte und in den 12 Tagen am Werke nur vier Tage gearbeitet wurde, so bekam der Arbeiter nur vier Tage Urlaubsentschädigung. Ein an sich gesetzwidriger Vorgang. — Das Bergbauschiedsgericht Brüx wurde zur Entscheidun angerufen und hat trotz der klaren Bestimmungen des Gesetzes entschieden, daß bei den Urlaubstagen nur die Tage zu entschädigen sind, an denen wirklich gearbeitet wird, also Feierschichten nicht zu entschädigen sind und daß als Entschädigung für die Häuer 45 Kronen und nicht der vertraglich festgesetzte Durchschnittsverdienst der einzelnen Schächte auszubezahlen ist.

Es ist zweifellos, daß es sich hier um Fehlurteile handelt. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß nach gewisser Dienstzeit die Bergarbeiter auf einen vom Unternehmer bezahlten Erholungsurlaub Anspruch besitzen. Es sagt weiter, daß die in den Urlaub fallenden Sonn- und Feiertage einzurechnen und zu bezahlen sind. Das Gesetz sagt schließlich, daß verschieden versäumte Schichten vom Urlaub abgerechnet werden können. In der entscheidenden Frage sagt der Paragraph 6 des Gesetzes:

„Für jeden Urlaubstag gebührt dem Arbeiter außer sämtlichen üblichen Zulagen ein Ersatz für den Lohn, und zwar den Gedingarbeitern in der Höhe des für dieselben festgesetzten Durchschnittsverdienstes, der übrigen Arbeiterschaft in der Höhe des Lohnes ihrer Kategorie."

Das Gesetz bestimmt weiter im Paragraph 8 und 9, wann der Urlaub nicht bezahlt zu werden braucht, u. zw. wenn der Urlaubnehmer während der Urlaubszeit für fremde Personen gegen Entgelt arbeitet, die Bergarbeit im Reviere aus welchem Grunde immer verlassen hat, zur Strafe mit Zustimmung der Betriebsräte entlassen wurde, oder schließlich nach Paragraph 202 des a. B. G. ohne Kündigung entlassen wurde. Das will und sagt der Gesetzgeber durch das Gesetz, für jeden, der lesen kann.

Im Grunde genommen nicht viel anders verhält es sich mit der zweiten Entscheidung, in der das Bergbauschiedsgericht entschieden hat, daß die Urlaubsentschädigung für Häuer nur nach Punkt I—1 des Lohnvertrages, d. h. mit 45 Kronen zu entschädigen ist, und nicht nach Punkt I—2 des Vertrages mit dem tatsächlich vereinbarten Durchschnittsverdienste auf den einzelnen Schächten. Im Gesetze heißt es, wie schon an anderer Stelle ausgeführt, daß die Gedingarbeiter den Ersatz für den Lohn „in der Höhe des für dieselben festgesetzten Durchschnittsverdienstes" zu erhalten haben. Das Schiedsgericht hat also zu untersuchen, welches der festgesetzte Durchschnittsverdienst" ist. Hier sagen nun die Unternehmer, der ist 45 Kronen, während die Arbeiter sagen: der festgesetzte und tatsächlich bestehende Durchschnittsverdienst ist 46.80, 48.60, 50 und 52 Kronen. Das Urteil des Schiedsgerichtes sagt nun, daß der Punkt I—1 für die Entschädigung der Urlaubsfrist gilt, weil der Punkt I—2 nur für die Gedingstellung gilt. Aber zugegeben, Herr Oberlandesgerichtsrat Wolf, der Vorsitzende des Bergbauschiedsgerichtes, konnte hier im Zweifel sein, er sagt auch etwas derartiges in seiner Begründung, wo er fragt, was hätte denn der Punkt I—1 im Vertrag sonst für einen Sinn? Ja, wenn er darin im Zweifel war, dann hätte er, wenn er ein objektiver Richter sein wollte, jene Personen und Organisationen, die den Vertrag abgeschlossen haben, vorladen und einvernehmen müssen, denn alle die, die beim Lohnvertragsabschluß beteiligt waren, wissen, daß die 45 Kronen nur auf den hartnäckigsten Wunsch der Vertreter der kleinen Werke aufgenommen werden mußten, für die tatsächlich die höheren Lohnsätze auch vordem nicht gegolten haben. Herr Wolf hat nicht nur die Parteien, die den Vertrag abgeschlossen haben, nicht vorgeladen, sondern anwesende Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, die beim Abschluß des Vertrages dabei waren, nicht zugelassen, ihm genügte wahrscheinlich die Information des Unternehmerbeisitzenden, Bergrates Zach, des einzigen Mitgliedes des Bergbauschiedsgerichtes, welches bei den Verhandlungen dabei war, zu seiner Entscheidungsbegründung. Unter solchen Umständen kann natürlich von einer objektiven und unparteiischen Entscheidung des Schiedsgerichtes kaum mehr gesprochen werden.

Wie die Unternehmer dieses rechtzeitig erfolgte Urteil ausnützen, zeigt eine Kundgebung, die am 1. Juni 1923 auf den Schächten angeschlagen war, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, sich den Urlaub auf einmal zu nehmen und mitgeteilt wurde, daß beim Urlaub das Entgelt nur für jene Tage bezahlt wird, an welchen gefördert wurde. Für jene Tage, an welchen der Betrieb mangels an Aufträgen ruht, wird kein Entgelt bezahlt.

Demgegenüber haben die koalierten Bergarbeiterverbände einen Aufruf an die Bergarbeiter erlassen, worin sie mitteilen, daß sie sich an die zuständigen Regierungsstellen wenden und vom Arbeitsministerium die Herausgabe einer Durchführungsverordnung zu dem Urlaubsgesetze verlangen werden, damit es unmöglich gemacht werde, daß solche Fehlurteile, wie die vorliegenden, gefällt werden. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, vorläufig den Urlaub nicht anzutreten, dagegen den Anspruch auf den Urlaub unter Bezahlung aller Urlaubsschichten für die Gedingarbeiter in der Höhe des für den Schacht tatsächlich bestehenden Durchschnittsverdienstes zu erheben.

Wozu haben wir eine Gewerbeinspektion?

Die heute allenthalben auftretende Reaktion zeigt sich auch auf dem Gebiete der Gewerbeinspektion. Die Unternehmer sind überall bemüht, eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erreichen und das Prinzip des Achtstundentages zu durchbrechen. Dazu wird ihnen heute noch von Amtsorganen, die zur Ueberwachung der Einhaltung gesetzlicher Verfügungen da sind, offen oder

---

Die Ursache. 3

Roman von Leonhard Frank.

Der Dichter sagte nachdenklich: „Viele solche Sachen . . . Aber das eine, das mit der Milch habe ich nicht mehr gewußt."

„Trink sie doch."

„Warum nicht!"

„Und ich muß jetzt ins Bett, Anton. Um fünf Uhr früh geht der Vater auf die Arbeit. Ich richt dir das Kanapee zum Schlafen."

An der Fensterwand hing die Schwarzwälder Uhr.

Sie legten sich nieder.

Der Pendelkiekel ging zwischen Mutter und Sohn hin und her.

So viele Familien es gibt, so viele Wohnungsgerüche gibt es, dachte der Dichter. „Hier riecht's nach Schweiß und süßem Stroh," flüsterte er im Halbschlaf, „nach Vater."

„Der kommt auch bald heim."

„Das Käfiggitter ist aus Gold."

„Was sagst du?"

„Nein, ich hab doch kein Gepäck!"

„Schläfst du?" Die Mutter horchte auf die Atemzüge ihres Sohnes und verlöschte die Kerze.

Am andern Tage beim Spaziergang durch das Heimatstädtchen, schienen dem Dichter die Häuschen kleiner geworden, zusammengeschrumpft, zur Hälfte in die Erde gesunken zu sein.

Als er noch einmal durch die einzige Geschäftsstraße ging, war er schon im Bilde seiner Jugend. Nichts hatte sich verändert im Städtchen. Nur dreißig Meter Asphalt war in der Geschäftsstraße gelegt worden.

Unauffällig beobachtete er die Bürger, die stehen blieben und sich befriedigt über den Asphalt unterhielten.

Der Dichter ging ins Café, durchblätterte die neuesten Zeitungen und fand, daß er sie schon vor seiner Abreise in Berlin gelesen hatte. Wie einen Automobilrennfahrer, dessen Motor auf der Strecke aussetzt, befiel ihn Beklemmung, in dem Bewußtsein, sich in einer Stadt zu befinden, die drei Tage hinter der Welt herlebte.

Die Oede steigerte sich, da es ihn beim Rückweg wieder zur Geschäftsstraße zog, die ihm schon nichts mehr Neues bot.

Eigensinnig bog er in die Lochgasse ein. Die war dunkel und so eng, daß die Dachrinnen der krummen Häuserreihen einander fast berührten.

Erst als er schon vor dem Hause stand, dachte er daran, daß auf seine Frage hin die Mutter ihm gesagt hatte: Herr Lehrer Mager wohne jetzt in der Lochgasse.

„Früher wohnte er doch am Rennweg." Der Dichter las den Namen auf dem Vorzellanschild, blickte am Hause empor und fragte sich mißtrauisch, wieso denn erst jetzt, da er schon vor dem Hause stand, ihm einfiel, daß die Mutter gesagt hatte: der Lehrer Mager wohne in der Lochgasse.

Da erinnerte er sich, daß er nach dem ergebnislosen Versuch in der Eisenbahn, sich seinen Traum ins Gedächtnis zu rufen, flüchtig daran gedacht hatte, den Lehrer zu besuchen. Dieser wiederholten Vergeßlichkeit wegen steigerte sich sein Mißtrauen. „Fehlt mir vielleicht der Mut, den Lehrer zu besuchen, weil ich diese Angelegenheit zweimal von mir wegschob?"

Und plötzlich klopfte rasend sein Herz, bei dem Entschluß, die Treppe hinaufzusteigen. Die Angst des Schulknaben war ihm in die Brust gesprungen. In Gedanken stand er vor dem Lehrer: achtjährig. Und mußte die Augen schließen und die Hände tastend vorstrecken, um ein Minimum von Selbstbeobachtung erübrigen zu können.

„Aber ich bin doch dreißig Jahre alt," sagte er laut, las grübelnd den Namen auf dem Schild, klinkte die Haustür auf — da stiegen Jahre und Erfahrung von ihm weg in die Luft. Als Schulknabe schlich der Dichter angstbehangen aus der dunklen Lochgasse.

„Es ist mir also unmöglich?" fragte er und blieb stehen, in der sonnigen Geschäftsstraße. „Bring die Furcht nicht heraus aus mir? . . . Ist das mit allem empfangenen Leid so?" fragte er ganz langsam. „Dann trüge der Mensch alle erlittenen Demütigungen mit sich herum? Bis ins hohe Alter. Sein ganzes Leben würde davon bestimmt?"

„Gott, ich fahre sofort nach Berlin zurück. Was geht mich der Lehrer an," sagte er und ging in der Richtung seiner Elternwohnung, um Abschied zu nehmen.

Im Spiegelglas eines Schaufensters sah er sein Gesicht — ein trotziges Schulknabengesicht. Verblüfft starrte er es an, so daß es sich unter seinem Blicke zu einem verblüfften Männergesicht verwandelte.

„Mit Trotz ist nichts erledigt," flüsterte er.

Und ohne daß er bewußt den Willen dazu hatte, wandte er sich um und eilte, dicht an den Häuschen entlang, fluchtartig direkt zum Bahnhof.

Zweites Kapitel.

„Den Sack mit Ihren Sachen habe ich auf den Speicher getragen," sagte die Berliner Wirtin und blieb kampfbereit im Vorzimmer stehen. „Mein neuer Zimmerherr hat die zwei Großen vornehinaus gemietet. Und da hat er Ihre Kammer dazu gewollt."

„Ich hatte ja nicht gekündigt." Der Dichter blickte unausgesetzt aufs Flurfenster, gegen das die harten Schneeperlen prasselten.

Mein neuer Herr hat gleich für zwei Monate vorausbezahlt."

„In vierzehn Tagen bekomme ich ganz bestimmt zwanzig Mark. Damit hätte ich Ihnen meine Schuld bezahlt."

„Die zwanzig Mark sollen Sie jetzt schon . . . ich weiß gar nicht, wie lange Sie die schon bekommen sollen. Es ist ja möglich, daß Sie einmal zwanzig Mark bekommen . . . Mein neuer Herr bezahlt mich im voraus."

„Ich bezahle auch."

„Sie sagen immer: ich bezahle . . . Es ist ja möglich."

„Aber Sie stehen der Sache skeptisch gegenüber," rief fröhlich der eintretende neue Zimmerherr und reichte seinen Zylinder der Wirtin, deren fettige Hände die Schürze erst eifrig riehen.

Während sie den Zylinder vorsichtig hielt, zog der neue Herr seinen Pelz aus. Und verbeugte sich: „Doktor Wiener."

Der Dichter sah gleich wieder zurück aufs schneebeschlagene Flurfenster. — Was hab ich hier noch zu suchen. Meinen Sack und fort!

„Von Ihnen weiß ich alles, alles, Herr Seiler. Sie kenne ich wie meinen Bruder," sagte Doktor Wiener und tätschelte der erschreckenden Wirtin beruhigend die Schulter. Sein Tonfall sank: „Was wollen Sie, warum soll denn der Mensch nicht plappern." Doktor Wieners gesundrotes hübsches Gesicht lachte ununterbrochen. Sein blondes Schnurrbärtchen sprühte Frische und Glanz.

Der Dichter dachte: entweder fort, oder ein gleichgültiges Gesicht machen.

„Also in einem Vierteljahr übernehme ich das Sanatorium meines alten Herrn, sehen Sie, und bis dahin praktiziere ich noch in der Klinik. Da bin ich fast den ganzen Tag nicht zuhause. Sie können demnach ruhig in der Kammer wohnen, Herr Seiler. Darum handelt sich's doch . . . was?"

(Fortsetzung folgt.)

verschämt Vorschub geleistet. Das soll an einem Beispiele hier gezeigt werden.

Die Krise erfaßte im Vorjahre auch mit voller Schärfe die Neutitscheiner Hutindustrie, sodaß in den dortigen vier Fabriken von etwa 3000 Arbeitern etwa 1000 entlassen wurden, während der Rest Kurzarbeit, oft nur wenige Stunden eines Tages machen mußte, so daß Arbeiter mit 5 bis 20 Kronen Wochenlohn nachhause gingen.

Gegenwärtig hat sich der Absatz in einzelnen Hutsorten etwas gehoben, so daß wieder Leute eingestellt werden konnten. Immerhin sind noch über 500 Hutarbeiter arbeitslos, von denen etwa 250 staatliche Unterstützung genießen. Die Firma Hückel, die sonst fast 2000 Arbeiter beschäftigt, suchte bei der Gewerbebehörde um Bewilligung zur Ueberstundenarbeit an, was sie ohne weiters bewilligt erhielt. Die Firma Peschl hat in der Abteilung Velour-Zuricht im Vorjahre 75 Arbeiter beschäftigt, heute 45, und suchte ebenfalls um Ueberzeit an. Der Arbeiterschaft wird einfach bekannt gegeben, daß mit Bewilligung der Behörde länger gearbeitet werden kann. Die Organisation erhebt naturgemäß gegen diese Verfügung des Gewerbeinspektorates Mähr.-Ostrau schärfsten Protest. Nun wird man fragen, wo bleiben denn die Betriebsausschüsse? Wie das gemacht wird, zeigt das Verhalten eines Gewerbeinspektors bei einem Besuche aus diesem Anlaß bei der Firma Peschl.

Der Herr kam früh zur Firma und ließ sich vormittags von den Chefs informieren. Nachmittags ließ er auch endlich den Obmann des Betriebsausschusses rufen, den er im Beisein zweier Chefs verhörte, ob die Arbeiterschaft die Ueberstunden will. Das geschah folgendermaßen:

Der Gewerbe-Inspektor fragte: „Was würden Sie tun, wenn Sie Fabrikant wären und eine Bestellung in kurzer Zeit liefern sollten?" Der Obmann des B.-A.: „Ich würde veranlassen, daß die Arbeiter im Betrieb nicht herumstehen und wenn es noch nicht reicht, Arbeitslose aufnehmen." Gew.-Inspektor zum Chef: „Ich weiß nicht, was ich machen soll, ich möchte nicht gerne gegen die Firma und auch nicht gegen die Arbeiter sein."

Der Gewerbeinspektor war zunächst unentschlossen, schließlich trug aber die Firma den Sieg davon und das Widersinnige trat in Erscheinung, daß hunderte Arbeiter auf der Straße liegen und andere dafür 60 Stunden wöchentlich arbeiten müssen! Dabei getraut sich der Unternehmer dem Betriebsausschuß vor dem Gewerbeinspektor zu sagen: „Wenn Sie dagegen hetzen, fliegen Sie hinaus und wenn Sie auch dreimal Betriebsausschuß sind." Ja, man läßt in den Werkstätten vor dem Chef Abstimmungen vornehmen, ob man gewillt ist, Ueberstunden zu machen, selbstverständlich wird es keinem Arbeiter einfallen, nach dieser vorherigen Präparierung zu opponieren. Der Gewerbeinspektor rührt keinen Finger, und es scheint fast, als ob das Gewerbeinspektorat nicht zum Schutze der Arbeiter, sondern der Fabrikanten errichtet wäre. Das trifft besonders bei dem Inspektorate Mähr.-Ostrau zu.

Wie es den Kapitalisten geht. Die Skodawerke in Pilsen haben in den letzten Tagen die Generalversammlung abgehalten, an der sich 45 Aktionäre beteiligt haben. Der Reingewinn betrug 33,722.122 Kronen. In seinem Berichte führte der Generaldirektor der Skodawerke aus, daß der große Gewinn erzielt wurde durch die Herabsetzung der Löhne und durch die Erhöhung der Arbeitsleistung der Arbeiterschaft. — Von den 45 anwesenden Aktionen entfällt also auf einen ein Gewinn von etwa 800.000 Kronen jährlich oder 70.000 Kronen monatlich, während die Arbeiter nicht einmal in drei Jahren so viel verdienen, wie der Aktionär in einem Monat.

Vor dem Abschluß des Kollektivvertrages in der Zuckerindustrie. Die Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag, welche der Staatsbeirat für Angelegenheiten der Zuckerfabriksarbeitnehmer in Prag führt, gehen der Beendigung entgegen. Die Arbeiten des Subkomitees des Staatsbeirates wurden in der letzten Sitzung, welche am Dienstag den 29. und Mittwoch, den 30. Mai tagte, zum Abschluß gebracht und wird der neue Kollektivvertrag am 14. Juni dem Plenum des Staatsbeirates vorgelegt, welches mit aller Wahrscheinlichkeit denselben genehmigen wird.

Der Verbandstag der Arbeiterschaft der Papier-, der chemischen Industrie und verwandten Berufe findet am 22. und 23. Juli in Aussig (Volkshaussäle) statt.

Der Fortgang der Bodenreform. Am 4. Juni beschloß die Zuteilungskommission des Verwaltungsausschusses des staatlichen Bodenamtes, an Ort und Stelle die Verhältnisse bei den Latifundien Liechtenstein (Böhm.-Brod, Kaukim, Schwarzkosteletz, Kičan) zu besichtigen, was auch am 7. und 8. d. M. geschehen ist. Es werden 35 Liechtensteinsche Höfe mit 30.000 Metzen Ausmaß enteignet, um die sich an 6000 Tschechen bewerben.

Der „billige" Kaufmann. Ein Konsumverein nach dem andern geht daran — so lesen wir im „Konsumgenossenschaftlichen Familienblatt" — jenen Verbrauchern, die noch immer der Meinung sind, daß man bei den Kaufleuten die Waren eigentlich ebenso billig erhält wie im Konsumverein, die Augen über den wirklichen Sachverhalt zu öffnen. Die Probeeinkäufe bei den Kaufleuten liefern diese Beweise am sinnfälligsten. So hat neuerlich der Bezirks-Konsumverein in Aussig bei 17 Kaufleuten 20 verschiedene Warensorten einkaufen lassen, die im Konsumverein 103 Kronen, bei den Kaufleuten jedoch bis 14.40 Kronen mehr kosteten. Die durchschnittliche Differenz aus den Probeeinkäufen, von deren Ergebnis die Mitglieder durch Flugblätter unterrichtet wurden, beträgt 6.34 Kronen. — Der Nordböhmische Konsum- und Sparverein in Teichstatt, der in sieben Orten, wo er Filialen besitzt, 31 verschiedene Waren einkaufen ließ, hat Differenzen von 6.75, 20.25, 22, 26.25, 26.75 und sogar von 38.75 und 39.5 Prozent festgestellt, das heißt, die Verbraucher müßten für die Waren, die sie im Konsumverein um 100 Kronen bekommen, 139.50 Kronen bezahlen, wenn sie zum teuersten Kaufmanne im Gebiete des Teichstätter Konsumvereines gehen, anstatt in den Konsumverein. Der Lagerhalter der Verkaufsstelle Dreihacken der Westböhmischen Kreisgenossenschaft in Eger schreibt uns, daß bei einem Probeeinkauf von 12 verschiedenen Waren beim Kaufmanne 43.80 Kronen gezahlt wurden, während in seiner Filiale die gleichen Artikel um 34.80 Kronen abgegeben werden; die Differenz beträgt bei diesem Einkauf 9 Kronen oder 26.7 Prozent. Wer wagt angesichts solcher Tatsachen noch die Schwindelphrase vom „billigen" Kaufmann zu gebrauchen?

Aufstieg der sozialen Baubetriebe in Deutschland. Den unsäglichen Schwierigkeiten zum Trotz, welche die Geldentwertung und der erbitterte Kampf des Privatkapitals gegen jede Form der Gemeinwirtschaft ihnen bereiteten, haben sich die sozialen Baubetriebe in Deutschland zu machtvollen Faktoren der Wirtschaft, des Bauwesens im besonderen, entwickelt. Es gab im Jahre 1922 insgesamt 207 gemeinschaftliche Baubetriebe, von denen 100 Betrieb als Bauhütten, 107 als Genossenschaften, organisiert waren. Jeder Betrieb hatte rund 100 Arbeiter und Angestellte, steht also in dieser Hinsicht weit über den Durchschnitt der privaten Baubetriebe. Die verausgabten Lohnsummen stiegen von 204 Millionen im Jahre 1921 auf 2.2 Milliarden im Jahre 1922. In ihrer durchschnittlich zweijährigen Tätigkeit haben die sozialen Baubetriebe über 14.000 Kleinwohnungen gebaut. Im Jahre 1922 wurde ein Umsatz von 4.2 Milliarden Mark erzielt; die Betriebe gingen jedoch in das neue Geschäftsjahr mit einem unerledigten Auftragsbestand von sechs Milliarden Mark. Die Tätigkeit der gemeinwirtschaftlichen Baubetriebe stand in der weitaus überwiegenden Mehrzahl im Dienste gemeinnütziger Körperschaften. Nur 16 Prozent des Umsatzes entfiel auf private Auftraggeber, unter denen sich aber ebenfalls noch Konsumgenossenschaften und andere Organe der Gemeinwirtschaft befanden. Das Vermögen der sozialen Baubetriebe nach dem Stand von Ende 1922 geht aus folgenden Zahlen hervor: Das gezeichnete Stammkapital betrug 85.6 Millionen Mark, die Reserven und Ueberschüsse 254.2 Millionen, das Kreditkapital 237.4 Millionen Mark. Bei dem verhältnismäßig kleinen Anteilkapital der Genossenschaften ist der Vermögensstand an Sachwerten bereits recht beträchtlich. Der Buchwert der Sachwerte, die sich im Eigentum der sozialen Baubetriebe befinden, betrug Ende 1922 insgesamt 462.5 Millionen Mark, der Tageswert zum gleichen Zeitpunkte jedoch 3.95, also fast 4 Milliarden Mark. Alle diese Zahlen sind ein Beweis für die gesunde Grundlage und die kräftige Entwicklung der sozialen Keimzellen in der deutschen Bauwirtschaft.

Der amerikanische Bäcker- und Konditoren-Verband beschloß in der am 26. März abgehaltenen Jahressitzung der General-Exekutive in Chicago den Anschluß an die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter. Durch den Anschluß ist der Internationale ein bedeutender Machtzuwachs entstanden. Der Verband zählt 35.000 Mitglieder und steht wie die übrigen Berufsorganisationen der Bäcker und Konditoren auf dem Boden des gesetzlichen Verbotes der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.58.00
Berlin	Mark 2350.00
Wien	österr. Kr. 2122.00

Züricher Schlußkurse am 9. Juni.

	Geld	Ware
Paris	35.70·00	35.80·00
London	25.68.00	25.67·50
Berlin	0.00.64·00	0.00.68.00
Mailand	25.80·00	25.90·00
Holland	217.75	218·25
Wien	0.00.77.75	0.00.78·12
Budapest	0.00.00	0·10·00
Prag	16.58·00	16.60·00
New York	5.76·00	5.56.75
Belgrad	5.90.00	6.10·00
Warschau	0.00.93·00	0.01.00·00

Kunst und Wissen.

Nues Theater. Heute halb 3 Uhr „Die Bajadere", abend (Mozart-Zyklus) „Die Zauberflöte", morgen Montag (Gastspiel Zsiga Croenvelt) „La Traviata", Dienstag „Die gestohlene Stadt", Mittwoch (Gastspiel Croenvelt) „Faust und Margarethe", Donnerstag und Freitag (Gastspiel Lessing-Theater) „Wie es Euch gefällt", Samstag (Gastspiel Lessing-Theater) „Bürger Schippel", Sonntag halb 3 Uhr „Katja, die Tänzerin", abend „Hans Heiling".

Kleine Bühne. Heute Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, Samstag „Der blonde Engel", Mittwoch „Leonce und Lena", Sonntag „Komteß Guckerl".

Ensemble Gastspiel Lessingtheater Berlin. Das geschlossene Ensemble des Berliner Lessingtheaters wird Donnerstag, den 14. und Freitag, den 15. Juni das Shakespeare-Lustspiel „Wie es Euch gefällt" und Samstag, den 16. Juni die Sternheim-Komödie „Bürger Schippel" zur Darstellung bringen.

Neueinstudierung „Hans Heiling". Heinrich Marschners große romantische Oper „Hans Heiling" wird nächsten Sonntag vollständig neubesetzt wieder in den Spielplan aufgenommen.

6. philh. Abonnement-Konzert. Die Reihe der philharmonischen Abende im Neuen deutschen Theater wird Montag, den 18. Juni mit den 6. philharmonischen Abonnement-Konzert abgeschlossen. Unter Mitwirkung der Kammersängerin Gertrude Förstel-Wien kommt eine Konzert-Arie von Mozart und 6 Orchester-Lieder von Gustav Mahler, außerdem Regers Mozart-Variationen und Beethovens Pastoral-Symphonie zur Aufführung.

Aus der Partei.

Lokalorganisation Prag-Altstadt-Neustadt. Alle Genossinnen und Genossen, die gewillt sind, fleißig an dem Ausbau der Lokalorganisation mitzuarbeiten, die Vorarbeit für die Wahlen zu leisten, erscheinen Dienstag, den 12. Juni, 8 Uhr abends im „Verein Deutscher Arbeiter", Smetschkagasse 11, zwecks Vorbesprechung.

Lokalorganisation Prag VII. Freitag, den 15. Juni Wochenversammlung. Programm: Gemeindewahlangelegenheiten. Im Gasthause „U Akademie", Malířska ul.

Versammlungen über den Hamburger Kongreß in Ostböhmen. Im Gebiete der Kreisorganisation Grulich fanden bisher folgende Versammlungen statt, in welchen Genosse Franz Rohner aus Grulich über den Hamburger Kongreß Bericht erstattete: Grulich, Lichtenau, Ober-Lipka, Wichstadtl und M.-Rothwasser. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht. In der nächsten Woche finden noch folgende Versammlungen über den Hamburger Kongreß statt: Landskron, Olbersdorf, Zohsee, Hilbetten, M.-Karlsdorf, Nieder-Ullersdorf und Patzdorf. In diesen Versammlungen erstattet ebenfalls Genosse Rohner den Bericht.

Turnen und Sport.

An alle Arbeiter-Turn- und Sportvereine im 5. Kreise. Der am 12. August 1923 stattfindende Kreis-, Spiel- und Sporttag findet nicht, wie ursprünglich gemeldet, in Prödlitz, sondern in Eichwald statt. Die Vorarbeiten hiezu sind bereits so weit gediehen, daß mit der Aussendung der Fragebogen in der nächsten Zeit begonnen wird und wir ersuchen alle Vereine, diese Bogen pünktlich wieder zurückzusenden. Die Spielleiter haben sofort die Ergebnisse der Serienspiele (Turner und Turnerinnen) an ihren Bezirksspielleiter zu melden. Verhandlungen mit dem reichsdeutschen Bundesmeister im Fußball Leipzig-Stötteritz sind eingeleitet, sodaß wir, wenn wir von dort die Zusage erhalten, mit einem großzügigen Programm aufwarten können. Treffet jetzt schon Vorbereitungen. Am 12. August herrscht für alle Vereine Spielverbot. Sorget auch für eine rege Teilnahme zu den Sportlerübungen. Jeder Sportler soll sich daran beteiligen. Diese Veranstaltung ist eine Vorschau über die Leistungsfähigkeit unseres Kreises für das Bundesfest. Daher fehle keiner! Frei Heil!

Die Kreisleitung.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Čermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert Optiker Deutsch, Prag,
Graben 25, Kl. Bazar.
1332

Wir empfehlen für färbige Schuhe „Libenia-Creme", haltbaftig in Glastiegeln, für schwarze Schuhe „Libenia-Creme" in Blechdosen, für alte, färbige fleckige Schuhe „Libenia Garnitur". Sämtliche Erzeugnisse „Libenia" sind nur erstklassiger Qualität. 1687

Industrie- u. Gewerbe-Ausstellung
in Mährisch-Ostrau.
16. Juni bis 31. Juli 1923.

In wenigen Tagen wird im Zentrum des wichtigsten Industriereviers der Republik eine Ausstellung eröffnet, die für alle wirtschaftlichen Kreise des Staates, auch des Auslandes, von größter Bedeutung ist. Soll doch hier zum erstenmale in großem Stil der ganze Produktionsvorgang vom Rohprodukt bis zur letzten Feinverarbeitung gezeigt werden. An die Kohlenproduktion schließen sich naturgemäß in langer Kette die Stätten der Gewinnung der Nebenprodukte, die Koksanstalten, Teer- und Asphaltfabriken, hier findet eine gewaltige Eisenindustrie ihre besten Lebensbedingungen. Firmen, deren Namen Weltruf genießen, wie die Witkowitzer Bergbau- und Eisenhüttengesellschaft, die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, die Firma Mannesmann und andere haben hier ihre Produktionsstätten. Eine gewaltige Metallverarbeitungs-, chemische, Automobil-, Waggonbau-, Brau-, Druckindustrie usw. schließen sich an. Auf einer Fläche von 30.000 m² wird ein Gesamtbild der Produktion des ganzen Reviers entworfen. Die Haupthalle allein umfaßt 8000 m².

Die Ausstellung selbst, deren bauliche Arbeiten längst vollendet sind, steht unter dem Protektorat des Präsidenten Masaryk, welcher auch bei seiner Rückkehr von seiner slowakischen Reise die Ausstellung persönlich besuchen wird. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung werden der Premier Svehla und Handelsminister Novak vornehmen. Die Kongresse der Handelskammern Olmütz und Troppau und zahlreiche weitere Kongresse wirtschaftlicher und politischer Vereine, Verbände und Parteien werden während der Ausstellung hier tagen. Die beiden gesetzgebenden Körperschaften, Senat und Abgeordnetenhaus haben ihren korporativen Besuch zugesagt.

Besonders interessant ist, daß ab 30. Juni hier auch ein internationales Schachturnier stattfindet, an dem die größten lebenden Schachmeister wie Aljechin, Bogoljubow, Rubinstein, Reti u. a. m. teilnehmen. Hervorgehoben muß schließlich noch werden, daß es den Besuchern ermöglicht wird, in eine Grube einzufahren, und die weltberühmten Witkowitzer Eisenwerke zu besichtigen.

Nur mehr wenige Tage trennen uns von der feierlichen Eröffnung der ersten Ausstellung in M.-Ostrau, welche ein Gesamtbild der höchstentwickelten Industrie und des Gewerbes in dem bedeutendsten Industriegebiete der Tschechoslowakei geben wird. Die Eröffnung selbst werden der Premierminister Svehla und Handelsminister Novak vornehmen. Das Protektorat hat der Präsident der Republik selbst übernommen und sein persönlicher Besuch wird in Anschluß an seine slowakische Reise stattfinden. Die baulichen Arbeiten sind bereits vollendet, die Installation der einzelnen Stände ist gleichfalls schon so weit gediehen, daß an dem Stichtage der Eröffnung, den 16. Juni, alles bis ins kleinste Detail fertig sein wird. Es ist nicht die Ausstellung allein, und unmittelbar, welche in allen wirtschaftlichen Kreisen des Staates größtem Interesse begegnet, auch die Möglichkeit, in die hiesigen Schächte einzufahren, und das weltberühmte Witkowitzer Eisenwerk zu besichtigen, wird viele Besucher anziehen. Eine besonders seltene Pikanterie bildet das Schachturnier vom 30. Juni, welches im Werkshotel Witkowitz abgehalten wird und die größten, derzeit sich in Europa aufhaltenden Schachmeister wie Aljechin, Bogoljubow, Rubinstein, Reti u. a. vereinigen wird. Täglich ein bis zwei Militärkonzerte, Theater, Bars, Sportmeetings usw. sorgen für reiche Zerstreuung. Die zentrale Lage Ostraus und die glänzenden Schnellzugsverbindungen nach allen Richtungen ermöglichen jedem Industriellen und Kaufmann, den Besuch der Ausstellung bequem mit seiner Sommerreise zu vereinigen. 1688

Deutscher Theatergarten
Heute großes Konzert
Anfang 3 Uhr

Weinessig- und Essigspritfabrik
Quido Spalek Sohn
Gegründet 1874.
Leitmeritz a. E.
empfiehlt ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichen Essige. 567

Verlangen Sie die führenden amerikan. prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte
„Apec" und „Morrell"
1391 Vertreter für die Cechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Rostra". Telefon 6687.

Warnung!! 1680
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschliesslich nur den bestbewährt. Fliegenfänger
KOH—I—NOOR
Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vršovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme anläßlich des Ablebens meiner Frau

Berta Benedickt geb. Simon

sage ich auf diesem Wege Allen

herzlichen Dank.

Anton Benedickt
1692 im Namen sämtlicher Verwandten